

Politik mit Weitblick.

Das Zukunftsprogramm für Sachsen-Anhalt.

Wahlprogramm der SPD zur Landtagswahl am 26. März 2006,
beschlossen auf dem SPD-Landesparteitag am 14. Januar 2006 in Halle

Inhaltsübersicht

Präambel: Politik mit Weitblick

Wo stehen wir?

Was wollen wir bis 2020 erreicht haben?

Was müssen wir bis 2011 verwirklichen?

< Leitbild 1: Sachsen-Anhalt – ein starker und innovativer Wirtschaftsstandort

Wirtschaft und Arbeit – berufliche Bildung - Infrastruktur – Energiepolitik

< Leitbild 2: Sachsen-Anhalt – ein modernes und leistungsfähiges

Bildungsland

Frühkindliche Bildung - Schule – Hochschule

< Leitbild 3: Sachsen-Anhalt – eine kinder- und familienfreundliche

Gesellschaft

Familienpolitik - Jugendarbeit – Demografischer Wandel

< Leitbild 4: Sachsen-Anhalt – ein soziales und sicheres Land

Gesundheit – Chancengleichheit – Innere Sicherheit – Justiz – Bevölkerungsschutz

< Leitbild 5: Sachsen-Anhalt – ein lebenswertes und weltoffenes Gemeinwesen

*Wohnungs- und Städtebaupolitik – Ländlicher Raum – Umwelt- und Naturschutz –
Kultur – Sport – Einsatz gegen Rechtsextremismus – Aktive Bürgergesellschaft*

< Leitbild 6: Sachsen-Anhalt – ein solider Haushalt und eine leistungsstarke Verwaltung

Haushaltskonsolidierung – Kommunal- und Funktionalreform – E-Government

Aufruf: Unser Land gemeinsam gestalten

PRÄAMBEL: POLITIK MIT WEITBLICK

Sachsen-Anhalt hat sich seit 1990 positiv entwickelt. Das ist vor allem ein Verdienst der Menschen in unserem Land. Nun stehen wir vor der Aufgabe, den Aufbau fortzusetzen.

Vor uns liegen drei Legislaturperioden, die für die Entwicklung Sachsen-Anhalts von entscheidender Bedeutung sind. Denn in diesem Zeitraum werden sich die demografischen und finanziellen Voraussetzungen noch stärker verändern als in den vergangenen 15 Jahren.

Die SPD ist die Bildungspartei Deutschlands. Wir wollen Sachsen-Anhalt zum „Bildungsland“ machen, weil darin der Schlüssel zu nachhaltigem Wachstum und zu einer gerechten Gesellschaft für alle liegt. Es geht darum, Bildung als Brücke in die Zukunft für alle zugänglich zu machen: für die nachwachsende Generation, für Kinder auch aus bildungsfernen Elternhäusern, für Menschen mit Berufsabschluss und Potential für akademische Bildung, für Menschen mit Familienverantwortung und für Ältere.

Die SPD ist die Familienpartei Deutschlands. Wir wollen ein kinder- und familienfreundliches Land, in dem Kinder als Bereicherung empfunden werden, in dem junge Menschen Vertrauen in die Zukunft haben und Familien gründen.

Dafür braucht es zwei Voraussetzungen: einerseits die dauerhafte wirtschaftliche Stärkung unseres Landes auch bei geringeren Finanzmitteln, damit wir uns im internationalen Standortwettbewerb behaupten und unseren Platz in der globalisierten Weltwirtschaft finden können; andererseits die Wahrung der sozialen Balance, damit Menschen in unserem Land gern leben und arbeiten, damit sie sich mit ihrer Region identifizieren, weil sie sich gut und sicher aufgehoben fühlen.

Die SPD steht deshalb für ein wirtschaftlich starkes und soziales Sachsen-Anhalt.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte der Sozialdemokratie. Sie bilden auch das Fundament unseres Programms für die kommende Legislaturperiode und bestimmen unsere Ziele:

- wirtschaftliche Entwicklung mit sozialer Gerechtigkeit verbinden,
- die Chancen auf gute Bildung und Ausbildung und auf einen existenzsichernden Arbeitsplatz für alle verbessern,
- einen verantwortlichen Staat erhalten, der dort eingreift und unterstützt, wo sich die Menschen nicht selbst helfen können,
- unser Land langfristig unabhängig machen von Finanztransfers.

Mit diesem Programm wollen wir wieder Regierungsverantwortung übernehmen und das Land voran bringen. Die gegenwärtige CDU-/FDP-Landesregierung hat kein Konzept für die Entwicklung Sachsen-Anhalts. Sie hat nur verwaltet statt Zukunft zu gestalten. Sie hat keine Aufbruchstimmung geschaffen und die Menschen nicht mitgenommen. Vor allem aber hat es die schwarz-gelbe Landesregierung nicht geschafft, die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend voranzubringen, die Arbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen und die Abwanderung zu stoppen. CDU und FDP sind mit ihren unrealistischen Wahlversprechen gescheitert.

Die Konservativen und Neoliberalen haben keine Vorstellung, wie in schwierigen Zeiten Solidarität und Zusammenhalt gesichert werden können. Sie setzen einseitig auf die Entwicklung der Wirtschaft und verlieren dabei die sozialen Dimensionen aus dem Auge.

Unser Gesellschaftsbild ist ein anderes. Für uns gehören wirtschaftlicher Erfolg, Solidarität und Mitmenschlichkeit zusammen. Sie sind die Fundamente, auf denen sich unsere Gesellschaft gründet und auch weiterhin gründen soll.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns in intensiven inhaltlichen Diskussionen konstruktiv mit der Zukunft unseres Landes beschäftigt. Wir haben detaillierte Zukunftsentwürfe zu den wichtigsten politischen Themen vorgelegt, die sich auch in diesem Wahlprogramm wiederfinden. Es stellt damit eine klare politische Alternative zum bloßen „Weiter-So“ der Landesregierung dar.

Unser Regierungsprogramm ist gleichermaßen zukunftsgerichtet, realistisch und konkret:

- weil es ehrgeizige und erreichbare Ziele formuliert und somit die Frage beantwortet, wo wir 2020 stehen wollen,
- weil es aus den Zielen konkrete Vorhaben ableitet, die sich in der nächsten Wahlperiode bis 2011 umsetzen lassen, und
- weil es sich auch in Zeiten knapper Kassen finanzieren lässt.

Wir wissen, dass wir in den nächsten Jahren mit schwierigen Rahmenbedingungen zurechtkommen müssen. Alle Analysen zeigen, dass Sachsen-Anhalt bis zum Jahre 2020 mit geringeren finanziellen Einnahmen und weiterem Bevölkerungsrückgang rechnen muss.

Deshalb sind wir auf bundespolitische Rahmenbedingungen angewiesen, die die Entwicklung unseres Landes befördern und nicht behindern. Der Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD auf Bundesebene stimmt uns optimistisch. Viele unserer Forderungen sind dort berücksichtigt, zum Beispiel die Sicherung des Solidarpaktes II, die Ost-West-Angleichung beim Arbeitslosengeld II, die Fortsetzung des Stadtumbaus Ost, die Einführung des Elterngeldes und anderes mehr.

Eine kluge Landespolitik muss die bundespolitischen Impulse aufgreifen und verstärken.

Dabei gilt es, sich auf Schwerpunkte zu konzentrieren und dies mit einer soliden Haushaltspolitik zu verbinden. Wir können nicht mehr alles Wünschenswerte bezahlen und müssen vor allem bei den Verwaltungskosten sparen und Bürokratie abbauen. Denn nur das eröffnet finanzielle Spielräume für die konkreten Vorhaben der nächsten Jahre:

- eine zielgenaue Wirtschaftsförderung, wozu nach wie vor die Neugewinnung von Unternehmen, die Förderung von Existenzgründungen und die Unterstützung der bestehenden Firmen zählen,
- eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die auch weniger gut ausgebildeten Menschen eine Perspektive bietet, die das Potential der Älteren nutzt, den Jüngeren den Berufseinstieg ermöglicht und für Qualifizierte attraktive Chancen schafft.

- eine Weiterentwicklung unserer Verkehrsinfrastruktur, um so die Entwicklung der Wirtschaft zu unterstützen,
- Investitionen in unser Bildungssystem, damit es besser und gerechter wird; beginnend in der Kindertagesstätte über Schule, Berufsausbildung und Hochschule,
- Förderung von Wissenschaft, Forschung und Hochschulen als Investition in die Zukunft und Magnet für die Zuwanderung junger Menschen.
- Initiativen für eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft, in der junge Menschen Vertrauen in die Zukunft haben und Familien gründen.
- Vernetzen, entwickeln und fördern von Kultur-Leuchttürmen und Breitenkultur
- gezielte Investitionen in die Entwicklung spezifischer lokaler Stärken wie z.B. Tourismus, Sport und Naturraum, damit das Leben in den Städten und im ländlichen Raum seine jeweils eigenen Qualitäten entfalten kann
- Investitionen in die soziale Infrastruktur, denn Sachsen-Anhalt wird aufgrund der demografischen Entwicklung vor besonderen Herausforderungen stehen.

Die Konzentration auf das wirklich Notwendige verlangt den Menschen viel ab und erfordert deshalb Transparenz und Ehrlichkeit. Diesen Anspruch wollen wir mit unserem Programm einlösen. Wir sagen vorher, was Sache ist. Und wir versprechen nur das, was wir umsetzen können.

Wir beschreiben unsere wichtigsten politischen Vorhaben in sechs Leitbildern:

Sachsen-Anhalt

- ein starker und innovativer Wirtschaftsstandort
- ein modernes und leistungsfähiges Bildungsland
- eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft
- ein soziales und sicheres Land
- ein lebenswertes und weltoffenes Gemeinwesen
- eine effiziente und leistungsstarke Verwaltung

Für diese Leitbilder entwerfen wir Visionen für das Jahr 2020 und leiten daraus konkrete Schritte für die Legislaturperiode bis 2011 ab.

Unser Anspruch ist Politik mit Weitblick. Diese Politik wird unser Land voranbringen. Deshalb bitten wir um Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen.

< LEITBILD 1: SACHSEN-ANHALT – EIN STARKER UND INNOVATIVER WIRTSCHAFTSSTANDORT

Wo stehen wir?

Die Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt ist nach wie vor dramatisch hoch. Arbeitslosigkeit ist gleichbedeutend mit dem Ausschluss von Menschen aus einem Kernbereich gesellschaftlicher Teilhabe. Gerade deshalb muss sozialdemokratische Politik nachdrücklich dem Ziel der Arbeit für alle verpflichtet bleiben. Existenzsichernde und gerecht bezahlte Arbeit ist für uns die zentrale Voraussetzung von Gerechtigkeit.

Die vordringlichste Aufgabe unserer Politik in den kommenden Jahren ist es, zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit beizutragen. Dies ist umso nötiger, als die Politik der gegenwärtigen Landesregierung ihren eigenen Ansprüchen nicht standgehalten hat. „Höppner geht, die Arbeit kommt“ ist ein leeres Versprechen geblieben. Dafür sprechen eindeutige Fakten: Die Zahl der Beschäftigten insgesamt sinkt, die Zahl der Langzeitarbeitslosen steigt, der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen liegt über dem Durchschnitt Ostdeutschlands.

Die wirtschaftliche Entwicklung stellt sich differenziert dar. Das verarbeitende Gewerbe befindet sich seit der Mitte der 90er Jahre auf Wachstumskurs. Die Exportquoten haben sich verbessert, mehrere Branchen entwickeln sich seit Jahren positiv. Dem gegenüber stehen massive Einbrüche unter anderem im Baugewerbe, so dass es in den letzten Jahren weder gelang, ein nennenswertes Wirtschaftswachstum zu erzielen noch den Arbeitsplatzabbau zu stoppen.

Sachsen-Anhalts Wirtschaft mangelt es noch aus einem anderen Grund an Dynamik: Der Anteil neuer Technologien und innovativer Produkte ist nach wie vor vergleichsweise gering. In unseren Betrieben wird immer noch zu wenig in Forschung investiert, die Kooperation zwischen Hochschulen und Firmen ist noch zu schwach entwickelt.

Eine wichtige Aufgabe der nächsten Jahre wird sein, die Infrastruktur im Land zu optimieren. Der wirtschaftliche und demographische Wandel wird auch Auswirkungen auf die Verkehrsinfrastruktur haben und neue Anforderungen an eine intelligente Verkehrspolitik mit sich bringen. Eine international arbeitsteilig organisierte Industrie mit deutlichem Wirtschaftswachstum in Osteuropa und eine geringere Bevölkerungsdichte bei hoher beruflicher Flexibilität werden den Bedarf an Mobilität nicht sinken, sondern wachsen lassen.

Überdimensionierte Verkehrsinfrastrukturprojekte, wie sie teilweise in der Vergangenheit geplant wurden, sind angesichts der Lage der öffentlichen Finanzen ebenso wenig zu verantworten wie sinnlose Doppelangebote im öffentlichen Nahverkehr. Neubauvorhaben werden in Zukunft eine Ausnahme sein; der Erhalt der bestehenden Netze steht im Mittelpunkt der staatlichen Investitionstätigkeit. Wesentlich dabei ist die Dienstleistungsfunktion der Netze für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes und die Mobilität der Menschen. Das verlangt auch eine regelmäßige Überprüfung der Prioritäten etwa im Landesverkehrswegeplan.

Sachsen-Anhalts Wirtschaft muss sich weltweit behaupten. Dabei hilft uns unsere strategisch günstige Lage im Herzen Europas. Es gilt nun, die Wirtschaftskontakte gerade zu den EU-Beitrittsländern auszubauen und dort zusätzliche Absatzmärkte

für unsere Unternehmen zu schaffen. Das Land muss die Wirtschaft deshalb noch intensiver auf dem Weg in ein größeres Europa begleiten.

Die Umsetzung dieser Politik wird den Abbau der Arbeitslosigkeit nur in kleinen Schritten ermöglichen. Die demografische Entwicklung kann den Arbeitsmarkt aber etwa ab 2010 spürbar entlasten, denn dann scheiden deutlich mehr Menschen aus dem Erwerbsleben aus. Diese Chance müssen wir durch eine vorausschauende Politik nutzen – vor allem, indem wir uns auf eine gute Ausbildung für die Jugendlichen konzentrieren. Denn sie sind die Fachkräfte von morgen.

Was wollen wir bis 2020 erreicht haben?

Arbeit, Ausbildung und Qualifikationsniveau stimmen

Die Arbeitslosigkeit hat sich deutlich verringert. Dazu leistet auch öffentlich geförderte, gemeinnützige Arbeit ihren Beitrag. Der demografische Wandel ist gut bewältigt. In den Unternehmen ist der Anteil junger, gut ausgebildeter Arbeitskräfte gegenüber heute deutlich gestiegen. Auf Erfahrung und Ideen der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird nicht verzichtet. Sachsen-Anhalt ist in der Lage, den Nachwuchs für die Wirtschaft aus eigener Kraft bereit zu stellen. Den Unternehmen stehen Hochschulabsolventinnen und –absolventen und gut ausgebildete Facharbeiterinnen und Facharbeiter in ausreichender Anzahl zur Verfügung. Für die berufliche Ausbildung gibt es genügend betriebliche Ausbildungsplätze. Die jungen Menschen finden danach Arbeit und bleiben hier.

Stabile Wirtschaftsstruktur

Die Zahl der Unternehmen hat sich erheblich vergrößert. Der Anteil exportorientierter Firmen an der Gesamtzahl ist gewachsen, ebenso der Anteil derjenigen Firmen, die auf innovative Produkte setzen. Sachsen-Anhalt verfügt über Wirtschaftskontakte in alle Welt. Unsere Unternehmen investieren auch außerhalb der Landesgrenzen, gleichzeitig bleiben wir offen für neue Firmen, die bei uns investieren. Sachsen-Anhalts Unternehmen verbinden ihr Gewinninteresse mit sozialer Verantwortung. Sie sind offen für flexible Arbeitszeitmodelle und ermöglichen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Väter und Mütter.

Gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft

Die Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft stimmen: ein gut ausgebautes Verkehrssystem, eine funktionierende und bezahlbare Energieversorgung, ein ausreichendes Reservoir an Fachkräften und eine dienstleistungsorientierte Verwaltung. Die Wirtschaftsförderung in Sachsen-Anhalt ist hoch effektiv, weil unbürokratisch und zielgenau. Die im Vergleich zu heute deutlich geringere öffentliche Förderung kommt vor allem dem Bereich Forschung und Innovation zugute.

Welche Maßnahmen wollen wir bis 2011 verwirklichen?

Wirtschaft

Wirtschaftsförderung verbessern

- Förderung nur noch von Investitionsvorhaben, die neue Arbeitsplätze schaffen und von Rationalisierungsinvestitionen zur Standortsicherung
- Grundförderung weiterhin in jeder Region und für jede Branche möglich
- Gezielter Einsatz der Höchstförderung in starken Branchen, Clustern und Standorten
- Abstimmung im Dialog mit der Wirtschaft

Zukunftsbranchen und Zukunftstechnologien gezielt fördern, die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft stärken

- Konzentration auf die Förderung innovativer Unternehmen
- Bevorzugung technologieorientierter Existenzgründungen
- Verstärkte Förderung von Forschungsnetzwerken und der Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft, um u.a. Medizin-, Umwelt-, Nano- und Informationstechnologie voranzubringen
- Weiterer Ausbau der „roten“ und „grünen“ Biotechnologie bei Wahrung der Interessen der Verbraucher und Landwirte

Sachsen-Anhalt zum Gründerland machen

- Abbau bürokratischer Hürden für Existenzgründungen
- Verbesserung der Beratung im Vorfeld und in der Anfangsphase einer Existenzgründung
- Gezielte finanzielle Unterstützung insbesondere bei Gründungsvorhaben im Bereich innovativer Technologien

Traditionell starke Branchen begleiten

- Förderung der Ernährungsindustrie durch gezielte Marketingmaßnahmen für unsere Qualitätsprodukte
- Erhalt der starken Wettbewerbsposition unserer Chemie, Verhinderung negativer Auswirkungen der europäischen Chemikalienpolitik, ohne den Verbraucherschutz zu vernachlässigen
- Förderung von Innovationsnetzwerken u.a. im Bereich der Automobilzulieferer und des Maschinenbaus
- Weiterentwicklung Sachsen-Anhalts als Tourismusland: gezielte Förderung von Kulturtourismus, naturnahem Tourismus, Wellness-Angeboten

Zukunftsorientierte Landwirtschaft

- Erhalt unserer zukunftsorientierten Landwirtschaft mit tragfähiger wirtschaftlicher Basis
- Unterstützung regionaler ländlicher Wirtschaftskreisläufe
- Erhalt der Wettbewerbsbedingungen unserer Landwirtschaft im Rahmen der europäischen Agrarpolitik
- Fortsetzung der Förderprogramme im Agrar-Umwelt-Bereich, Förderung Arbeitsplatz schaffender Investitionen im Bereich der Tierproduktion unter Einhaltung von EU-Standards, der Direktvermarktung und der Weiterentwicklung des ökologischen Landbaus

Regionen wirtschaftlich profilieren und vernetzen

- Zielgenauer Einsatz der begrenzten Mittel der Wirtschaftsförderung, um in den Regionen jeweils die Branchen zu fördern, die der Profilierung dienen und so Folgeinvestitionen nach sich ziehen
- Altmark: u.a. Ernährungsindustrie, Tierzucht, Holzwerkstoffindustrie, insbes. Papier- und Zellstoffindustrie, Automobilzulieferer, nachwachsende Rohstoffe, Tourismus
- Magdeburg: u.a. Maschinenbau, Automobilzulieferer, Medizintechnologie, Pharmaindustrie, Dienstleistungsgewerbe, Logistik, Kalibergbau
- Harz: u.a. Tourismus, Metallverarbeitung, Automotive, Pflanzenzüchtung, Biotechnologie
- Anhalt: u.a. Chemie, Maschinenbau, Ernährungsindustrie, Solarenergie, Tourismus
- Halle: u.a. Chemie- und Kunststoffindustrie, Ernährungsindustrie, Biotechnologie, Nanotechnologie, Informationstechnologie, Medien, Abfallwirtschaft, Braunkohlebergbau, Pharmazie, Automobilzulieferer

Institutionen der Wirtschaftsförderung bündeln

- Fusion von Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WiSA) und Landesmarketinggesellschaft (LMG) zur neuen Sachsen-Anhalt-Agentur
- Bündelung aller Förderprogramme in der Investitionsbank Sachsen-Anhalt, Ausbau zur Investitions- und Innovationsbank

Exportquote der Wirtschaft erhöhen

- Kooperation mit den EU-Beitrittsländern durch grenzüberschreitende Netzwerke erweitern
- Ausbau internationaler Kontakte
- Stärkung der Außenwirtschaftsförderung
- Verbesserung des Standortmarketings

EU- und Bundesförderung sichern

- Sicherung der EU-Förderung auf hohem Niveau auch nach dem Auslaufen der aktuellen Förderperiode 2000-2006
- Sinnvoller, effizienter und transparenter Einsatz aller EU- und Bundesfördergelder im Land
- Rechtzeitige Wahrung des Landesinteresses bei europäischen Gesetzgebungsverfahren
- Fortführung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ auf dem Niveau von heute

Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen verbessern

- Weiterentwicklung des Mittelstandsförderungsgesetzes im Dialog mit der Wirtschaft
- Umfassender Bürokratieabbau auf Landes- und kommunaler Ebene
- Verbesserter Zugang des Mittelstandes zu Public-Private-Partnership-Projekten (PPP)

Arbeitsmarkt

Mehr Beschäftigung für Geringqualifizierte

- Prüfung von Kombilohnmodellen mit dem Ziel der Überwindung von Hilfebedürftigkeit
- Senkung der Arbeitskosten der Unternehmen durch Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge von neu eingestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch den Staat, dabei Erhalt des Nettolohnniveaus
- Förderung bei nachweislicher Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt
- Begrenzung des Versuchs auf eine Laufzeit von zehn Jahren und auf eine noch festzulegende Zahl der maximal geförderten Stellen
- Wissenschaftliche Begleitung des Modellversuchs durch ein unabhängiges Gremium

Neue Beschäftigung durch Arbeitszeitpolitik schaffen

- Verbesserte Nutzung der Möglichkeiten der Arbeitszeitflexibilisierung, auch unter dem Gesichtspunkt der Familienfreundlichkeit
- Reduzierung von regelmäßig anfallenden Überstunden
- Bessere Verzahnung der Erwerbsphasen mit Familienphasen mit dem Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Branchenspezifische Mindestlöhne einführen

- Stärkere Anwendung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung (Ausweitung der Anwendung der Mindeststandards auch auf nicht-tarifgebundene Betriebe)
- Ausweitung des Entsendegesetzes über das Baugewerbe hinaus

Arbeitsmarktreform weiter entwickeln

- Zügige Verwirklichung der Zusage der Bundesregierung, den Regelsatz Ost (331 Euro) beim Arbeitslosengeld II auf den Regelsatz West (345) anzuheben
- Höhere Freibeträge bei der Altersvorsorge
- Beratungs-, Vermittlungs- und Eingliederungsleistungen durch die Bundesagentur für Arbeit auch für bisher nicht Leistungsberechtigte
- Gesetzlich garantierte Wahlfreiheit zwischen Arbeitsgemeinschaft und Option für die im Rahmen der Gebietsreform zusammengelegten Landkreise
- Bessere Verzahnung von Schule, Jugendhilfe, Wirtschaft und Agentur für Arbeit, ARGen sowie Kommunale Optionsmodelle zur wirksameren Integration von Jugendlichen unter 25 Jahren in Ausbildung und Arbeit

Alternativen für Ältere und Langzeitarbeitslose entwickeln

- Pakt mit der Wirtschaft für die Beschäftigung Älterer
- Kampagne für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Nutzung ihrer hohen Leistungsfähigkeit und –bereitschaft
- Befristetes Programm „Aktiv zur Rente“ für Langzeitarbeitslose über 55 Jahre ohne Perspektive auf Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt mit der Bundesagentur für Arbeit (in Anlehnung an das sachsen-anhaltische Modell „Aktiv zur Rente“)

Gemeinwohlorientierte Bürgerarbeitsstellen schaffen

- Bundesweite Einrichtung auf Dauer öffentlich finanzierter gemeinwohlorientierter Bürgerarbeit (GoBa); Umsetzung in Sachsen-Anhalt als Bürgerarbeit mit Bürgerarbeitsstellen
- Verstärkter Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten für die Sozial- und Familienpolitik
- Schaffung gemeinnütziger Bürgerarbeitsstellen in den Bereichen Soziales, touristische Infrastruktur, Kultur, Freizeit und Sport, Umwelt-, Landschafts-, Natur- und Tierschutz
- Verknüpfung aller Förderinstrumente des SGB II zur kurzfristigen Finanzierung von Bürgerarbeitsstellen in Sachsen-Anhalt
- Schaffung eines bundesweiten GoBa-Fonds zur mittelfristigen Finanzierung von Beschäftigungsprojekten in diesem Bereich
- Weiterentwicklung, Fortschreibung und Qualifizierung von GoBa durch Evaluierung und wissenschaftliche Begleitung

Berufliche Bildung

Investitionen in die Köpfe verstärken

- Deutliche Ausweitung des betrieblichen Ausbildungsplatzangebotes zur Sicherung des Fachkräftebedarfs
- Erhalt der bestehenden Verbundausbildung sowie Entwicklung und Unterstützung von betriebsübergreifenden Ausbildungskooperationen
- Branchenvereinbarungen nach dem Beispiel der chemischen Industrie sowie der Metall- und Elektroindustrie zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und zur Erhöhung der Übernahmequote
- Einrichtung regionaler Nachwuchskräftepools und deren verstärkte Nutzung zur innerbetrieblichen Fort- und Weiterbildung
- Verbesserung der Möglichkeiten zu berufsbegleitender Qualifikation
- Einführung eines Programms zur Förderung von Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Abschluss
- Weiterentwicklung der Berufsbildenden Schulen zu leistungsfähigen, eigenverantwortlich agierenden Berufsbildungszentren
- Zeitnahe Ausrichtung der Ausbildungsberufe am Bedarf des Arbeitsmarktes
- Stärkere Modularisierung der Berufsausbildung
- Ausgestaltung des neuen Berufsbildungsgesetzes (u. a. Möglichkeit der Kammerprüfungen für schulische Berufsausbildungen, stärkere Einbeziehung von ausländischen Ausbildungsanteilen)

Infrastruktur

Infrastruktur gezielt ausbauen

- Regelmäßige Überprüfung der Prioritäten im Landesverkehrswegeplan
- Zügiger Baubeginn für die Nordverlängerung der A 14 und die B 190n als zentrale Infrastrukturvorhaben für die wirtschaftliche Stärkung
- Konsequente Abarbeitung der Ortsumgehungsprojekte im Bundesverkehrswegeplan und Ausfinanzierung der B 6n
- Verstärkte Einbindung der drei Oberzentren in das ICE-/IC-Netz
- Orientierung des Schienengüterverkehrsangebots am Bedarf der transportierenden Wirtschaft
- Kein Elbe-Ausbau, aber Sicherung der notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen für vorhandene Strombauwerke (u.a. Buhnen)

zur Sicherung einer auch bei Niedrigwasser angemessenen Elbe-Schiffbarkeit und unter Berücksichtigung des Hochwasserschutzes

- Umsetzung des im Bundesverkehrswegeplan verankerten Baus des Saaleseitenkanals zur besseren Erreichbarkeit der Saalehäfen
- Konzentration der Luftverkehrspolitik auf den Flughafen Leipzig/Halle als Verkehrsflughafen des Landes; kein Einsatz von Landesmitteln für den Ausbau anderer Flughäfen

Energiepolitik

Energieerzeugung als wichtigen Wirtschaftsfaktor weiterentwickeln

- Weiterhin Abbau von Braunkohle und Verstromung in modernen, effizienten Kraftwerken
- Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung
- Schaffung eines bundesländerübergreifenden Forschungsverbundes „Erneuerbare Energien für Mitteldeutschland“ mit Sitz in Sachsen-Anhalt unter Einbeziehung und enger Kooperation der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen unseres Bundeslandes.
- Förderung erneuerbarer Energien fortsetzen (Solarenergie, Windenergie, Biomasse, Biokraftstoffe u.a.)
- Nutzung der Windenergie unter Wahrung des Interessenausgleichs mit den Bürgerinnen und Bürgern
- Verstärkte Nutzung von Dachflächen zur Solarenergie-Gewinnung
- Steigerung der Energieeffizienz und Nutzung der Einsparpotenziale

< LEITBILD 2: SACHSEN-ANHALT - EIN MODERNES UND LEISTUNGSFÄHIGES BILDUNGSLAND

Wo stehen wir?

Sämtliche Studien der vergangenen Jahre bescheinigen Deutschlands Bildungssystem ein Gerechtigkeitsproblem. In kaum einem anderen Land ist die soziale Herkunft für den schulischen Erfolg, aber auch für die Aufnahme eines Studiums so ausschlaggebend. Bildungs- und Berufschancen sowie die spätere erfolgreiche Teilhabe an der Gesellschaft hängen maßgeblich von der „Bildungskarriere“ ab.

Vor diesem Hintergrund sehen wir mit Sorge die Festlegungen der Berliner Koalition zur Föderalismusreform, wonach nahezu sämtliche Kompetenzen im Bildungsbereich an die Länder übertragen werden sollen. Aus unserer Sicht ist die Verbesserung des Bildungssystems eine nationale Aufgabe, zu der auch der Bund einen wesentlichen Beitrag leisten muss.

Kinder, die Kindertageseinrichtungen besuchen, haben bessere Schulergebnisse, Bildung von Anfang an bietet Kindern bessere Entwicklungschancen. Die Kindertagesstätten müssen sich daher noch stärker als Bildungsort verstehen. Die Gestaltung des Übergangs vom Kindergarten in die Schule muss verbessert werden, damit es nicht zu Brüchen kommt.

CDU und FDP in Sachsen-Anhalt haben mit ihren Entscheidungen für eine Zugangsbeschränkung zum Gymnasium und für die Wiedereinführung des Hauptschulbildungsganges während ihrer Regierungszeit dafür gesorgt, dass die Chancengleichheit der jungen Menschen im Hinblick auf ihren späteren Bildungs- und Berufsweg weiter eingeschränkt wird. Wer bereits Zehnjährige streng nach Schulformen trennt, zementiert die soziale Spaltung im deutschen Bildungssystem.

Die Studien bescheinigen unserem Bildungssystem jedoch auch ein Leistungsproblem. So war in Sachsen-Anhalt in den vergangenen Jahren die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger eines Jahrgangs ohne Abschluss so hoch wie in keinem anderen Bundesland. Diesen Zustand gilt es zu verbessern.

Die SPD tritt für eine Fortsetzung der inneren Schulreform, gegen die gegenwärtig zu frühe Trennung der Bildungswege und für ein längeres gemeinsames Lernen in einer Allgemein bildenden Oberschule (AOS) ein. Jedoch sagen wir auch ganz klar: neuerliche Veränderungen unseres Schulsystems benötigen eine breite gesellschaftliche Mehrheit und ausreichend Zeit zur Planung, Vorbereitung und Umsetzung.

Hoffnungsvoll stimmen uns die Ergebnisse der nationalen PISA-2003-Studie. Die im Frühjahr 2003 getesteten 15-jährigen Schülerinnen und Schüler aus Sachsen-Anhalt konnten sich gegenüber dem Jahr 2000 deutlich verbessern. Erstmals wurden Jugendliche getestet, die die von der SPD-Landesregierung 1997 eingeführte gemeinsame Förderstufe in den Klassenstufen 5 und 6 sowie den 1999 eingeführten gemeinsamen Sekundarschulbildungsgang ab Klassenstufe 7 durchlaufen haben. Diese Schülerinnen und Schüler haben mindestens sechs Jahre gemeinsam gelernt. Sachsen-Anhalt erntet nun die ersten Früchte einer Schulreform, die von CDU und FDP erst schlecht geredet und dann abgeschafft wurde.

Wie kaum ein anderer Bereich sind unsere Schulen von demografischen Veränderungen betroffen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler wird sich zum Ende dieses Jahrzehnts gegenüber dem Jahr 1990 mehr als halbiert haben. Die CDU/FDP-Landesregierung hat darauf mit einer rigiden Politik reagiert, die eine Vielzahl von Schulschließungen zur Folge hat. Aus Sicht der SPD müssen Standortfragen jedoch stärker unter dem Aspekt des Erhalts wohnortnaher Schulangebote und der Vermeidung überlanger Schulwege beachtet werden.

Unsere Hochschulen belegen in bundesweiten Rankings gute Plätze. Die Standorte wurden in den letzten 15 Jahren kontinuierlich ausgebaut. Die Studienbedingungen sind oft hervorragend, gute Ergebnisse in Lehre und Forschung die Folge. Seit 1990 hat sich die Zahl der Studierenden in Sachsen-Anhalt mehr als verdoppelt und liegt gegenwärtig deutlich über 50.000. Bis 2009/2010 ist eine weitere Steigerung absehbar. Zwischen den Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und regionalen Wirtschaftsunternehmen bestehen vielfältige Kooperationsbeziehungen. Damit sind die Hochschulen wichtige Bestandteile der regionalen Strukturpolitik.

Diese erfreuliche Entwicklung wird jedoch durch den von der CDU/FDP-Landesregierung eingeschlagenen Sparkurs stark gefährdet. Ab 2006 erhalten die Hochschulen zehn Prozent weniger Landesmittel. Dies bedeutet, dass die Ausbauzielgrößen der Hochschulen abgesenkt und Studienangebote abgebaut werden. Die Folge sind Personalabbau, verminderte Investitionen und vermehrt hochschulinterne Zulassungsbeschränkungen. Die bisherigen Standortvorteile unserer Hochschulen (gute personelle und sachliche Ausstattung sowie Betreuungsrelation) werden gemindert. Angesichts der erwiesenen ökonomischen Effekte von Hochschulausgaben schaden Kürzungen in diesem Bereich nicht nur der wissenschaftlichen, sondern auch der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes.

Ab 2010 erreichen die geburtenschwachen Nachwendejahrgänge unsere Hochschulen. In der Folge werden die Studienanfängerzahlen und damit auch die Zahl der Studierenden aus Sachsen-Anhalt merklich sinken, wenn nicht gezielte Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Was wollen wir bis 2020 erreicht haben?

Optimale Bildung von Anfang an

Der Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung von Geburt an ist verbunden mit mehr Qualität der Förderung insbesondere unter dem Bildungsaspekt. Parallel zur Umsteuerung bei den finanziellen Leistungen für Familien auf Bundesebene hat die Einführung der Gebührenfreiheit für Kindertageseinrichtungen begonnen.

Eigenständige, leistungsfähige und modern ausgestattete Schulen

Sachsen-Anhalt verfügt über ein stabiles Netz von Schulen in Stadt und Land. Die Schulgebäude sind umfassend saniert und modern ausgestattet. Alle Schülerinnen und Schüler lernen bis Klasse acht gemeinsam an der Allgemein bildenden Oberschule (AOS) und werden individuell gefördert. Im nationalen und internationalen Vergleich nehmen sie vordere Plätze ein. Der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss ist wesentlich gesunken. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit einer Hochschulzugangsberechtigung ist

hingegen deutlich gestiegen. Der Anteil der Ganztagschulen in Sachsen-Anhalt hat sich wesentlich erhöht. Sachsen-Anhalts Schulen sind weitgehend autonom, sie verfügen über flexible inhaltliche und organisatorische Gestaltungsmöglichkeiten sowie über eine umfangreiche Personal- und Budgethoheit.

International konkurrenzfähige, autonome und modern ausgestattete Hochschulen

Sachsen-Anhalts Hochschulen behaupten sich erfolgreich im internationalen Wettbewerb und haben ihre guten Positionen in den Rankings gefestigt. Alle Hochschulstandorte sind ausgebaut und modern ausgestattet. Die Hochschulen verfügen über eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzausstattung und agieren weitgehend autonom. Die Studierendenzahlen haben sich auf einem hohen Niveau stabilisiert. Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaftsunternehmen kooperieren intensiv und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur regionalen wirtschaftlichen Entwicklung.

Welche Maßnahmen wollen wir bis 2011 verwirklichen?

Frühkindliche Bildung

Unsere Kindertageseinrichtungen als Bildungsorte weiterentwickeln

- Einheitliche Qualitätsstandards anwenden
- Erweiterung des Anspruchs auf Bildung, Erziehung und Betreuung
- Mehr Bildungsangebote zur besseren sprachlichen, musischen, naturwissenschaftlichen und sozialen Entwicklung der Kinder
- Einrichtung eines Studiengangs „Frühkindliche Bildung und Erziehung“ mit Bachelor-Abschluss
- Regelmäßige Evaluation der Einrichtungen und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher
- Prüfung, auf welchem Weg eine Gebührenfreiheit für den Besuch von Kindertagesstätten erreicht werden kann, beginnend mit dem letzten Kindergartenjahr

Schule

Schulen sanieren und modern ausstatten

- Unterstützung der Schulträger durch die Auflage eines Programms zur Schulsanierung nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und unter Beteiligung Privater (Public-Private-Partnership)

Qualität der Schule verbessern

- Eigenverantwortlichkeit der Schulen erweitern (u. a. flexiblere inhaltliche, personelle und organisatorische Gestaltungsmöglichkeiten)
- Qualitätsentwicklung des Unterrichts (Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, Anwendung moderner didaktischer und methodischer Lehrkonzepte einschließlich neuer Medien)
- Zusätzliche Angebote für mehrsprachigen Unterricht
- Absicherung differenzierter Angebote zur individuellen Förderung
- Schrittweise Anhebung des Umfangs der Stundentafel auf den Bundesdurchschnitt
- Stärkung des gemeinsamen Lernens von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf

Politisch unabhängigen Bildungskonvent einrichten

- Initiierung einer breiten gesellschaftlichen Diskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Politik, des Landesschüler- und Landeselternrates, der Gewerkschaften und Lehrerverbände, Kirchen sowie aus Wissenschaft und Wirtschaft zur Verbesserung unseres Schulsystems
- Zielstellung: Empfehlung für ein dauerhaft tragfähiges, international ausgerichtetes und leistungsfähiges Schulsystem
- Unser Vorschlag für die Diskussion im Bildungskonvent: Schaffung einer Allgemein bildenden Oberschule (AOS), in der die Schülerinnen und Schüler acht Jahre gemeinsam lernen und individuell gefördert werden
- Bei positivem Votum des Bildungskonvents gründliche gesetzliche sowie organisatorische Vorbereitung der Schulreform und schrittweise Einführung der AOS, somit keine übereilte Veränderung des Schulsystems

Wohnortnahe Schulangebote erhalten

- Verlässliche Klärung von Standortfragen für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren
- Bestandssicherheit für alle in den gültigen Schulentwicklungsplänen als bestandsfähig ausgewiesenen Schulen an Einzelstandorten
- Erhalt des Netzes kleiner Grund- und Sekundarschulen im ländlichen Raum auch bei Unterschreitung der vorgegebenen Mindestschülerzahl und Mindestzügigkeit, um in dünn besiedelten Regionen die Schulwege kurz zu halten.
- Vereinfachung der gesetzlichen Vorgaben zur Bildung von Gesamtschulen

Unterstützung freier Schulen fortsetzen

- Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft durch eine verlässliche Landesfinanzierung
- Absicherung der erforderlichen Rahmenbedingungen für Schulen in freier Trägerschaft

Durchlässigkeit zwischen den Schulformen verbessern

- Aufhebung der Eignungstests bei fehlender Schullaufbahneempfehlung für das Gymnasium
- Pflichtberatung bei einem Widerspruch zwischen Schullaufbahneempfehlung und dem Wunsch der Erziehungsberechtigten
- Aufnahme der Schülerin bzw. des Schülers in den gewählten Bildungsgang bei Aufrechterhaltung der Entscheidung der Eltern nach einer Pflichtberatung
- Bei nachgewiesener Leistungsfähigkeit muss ein späterer Zugang zu weiterführenden Schulformen gewährleistet sein

Schulabbrecherquote senken

- Anspruch auf individuelle Förderung von mindestens einem Jahr bei Wechsel der Schulform
- Wiedereinführung eines Landesprogramms zur Schulsozialarbeit
- Bildung von Reintegrationsklassen
- Ausweitung der Angebote zum „produktiven Lernen“ (berufsorientierter Unterricht)
- Konsequente Nutzung der Stundenreserven einer Schule für Förderangebote
- Abbau der hohen Förderschulquote durch eine stärkere Integration unter Nutzung der Förderzentren

Hochbegabtenförderung verbessern

- Sensibilisierung sowie Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte im Hinblick auf das Erkennen einer Hochbegabung
- Frühzeitige Aufklärung der Eltern über Fördermöglichkeiten und die Folgen fehlender Förderung
- Gezielte individuelle Förderung nach Feststellung einer Hochbegabung
- Weiterentwicklung von Kooperationsmodellen zwischen regionalen Fördergruppen und Hochschulen

Ganztagsschulangebot ausbauen

- Umsetzung des Ganztagsschulprogramms des Bundes
- Kontinuierlicher Ausbau des Ganztagsschulnetzes mit dem Ziel, für jede Schülerin und jeden Schüler bei Bedarf ein wohnortnahes Ganztagsschulangebot zur Verfügung zu stellen

Vorbereitung auf Berufsausbildung und Studium verbessern

- Ergänzung der obligatorischen Betriebspraktika in der Sekundarstufe I durch regelmäßige Unterrichtstage in örtlichen und regionalen Unternehmen und Betrieben.
- Bildung und Unterstützung von Netzwerken zwischen Schulen, Unternehmen sowie öffentlichen Einrichtungen, die ein breites Angebot an betrieblichen Praktikaplätzen für Schülerinnen und Schüler ermöglichen
- Verbindliche Beratungen zur Berufs- und Studienorientierung spätestens ab Klassenstufe 9
- Intensivierung der Studienvorbereitung in der gymnasialen Oberstufe (u. a. durch Studienpraktika an den Hochschulen des Landes bzw. Studienorientierungs- und Vorbereitungsseminare)

Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus intensivieren

- Größere Mitbestimmungsrechte für Eltern- und Schülerschaft
- Verbindliche Einbindung der Eltern in die Schulprogrammarbeit und -evaluation
- Hilfestellung bei der Gründung von Schulfördervereinen

Unterrichtsversorgung verbessern

- Gewährleistung eines jährlichen Einstellungskorridors für junge Lehrerinnen und Lehrer
- Sicherung bedarfsgerechter Ausbildungskapazitäten sowohl an den Universitäten als auch in den Lehrerausbildungsseminaren des Landes
- Reform der Lehrerbildung: stärkere Praxisorientierung und Einführung einer flexibleren schulformübergreifenden Lehrerbildung

Hochschule***Studierendenquote erhöhen***

- Erhöhung der Studierendenquote in Sachsen-Anhalt durch zusätzliche Möglichkeiten zur Erlangung einer Hochschulzugangsberechtigung (u. a. universitäre Vorkurse zur Erlangung der Hochschulreife für bestimmte Studiengänge, Berufsausbildung mit Abitur)
- Erhöhung der Zahl von Studierenden aus anderen Bundesländern und dem Ausland durch verstärkte Werbung (insbesondere vor dem Hintergrund der geburtenschwachen Jahrgänge in Sachsen-Anhalt, die ab 2009/2010 unsere

- Hochschulen erreichen)
- Ausweitung der Angebote zur Studienorientierung an den Schulen

Hochschulautonomie erweitern

- Verzicht auf Genehmigungsvorbehalte und bürokratische Kontrollen
- Hochschulen verfügen in vollem Umfang über selbst erwirtschaftete Mittel, die mit der staatlichen Grundfinanzierung nicht verrechnet werden
- Entwicklung von Profilen in Lehre, Forschung und Weiterbildung
- Geltungsdauer von Zielvereinbarungen fünf Jahre
- Veränderung und Einrichtung von Studiengängen im Rahmen von Zielvereinbarungen ist Angelegenheit der Hochschulen
- Hochschulen besitzen Bauherren- und Dienstherrnfunktion, ihre Berufsverantwortung wird gestärkt

Internationalisierungsprozesse fördern

- Einführung und inhaltliche Neukonzipierung international gebräuchlicher Studiengangstrukturen und kompatibler Studienabschlüsse (Bachelor/Master)
- Ermöglichung eines nahtlosen Studienwechsels zwischen Hochschulen im Ausland und in Sachsen-Anhalt
- Förderung von international ausgerichteten Projekten
- Intensive Kooperation mit ausländischen Hochschulen und Unternehmen

Lehre und Forschung weiter entwickeln

- Unterstützung unserer Universitäten bei ihren Bemühungen, an den Eliteprogrammen des Bundes zu partizipieren
- Evaluierung der Hochschulstrukturplanung der CDU/FDP-Landesregierung nach transparenten Kriterien
- Externe Akkreditierung und Evaluation von bestehenden und neuen Angeboten der Hochschule
- Verbesserung von Betreuungsangeboten für Studierende

Sonderprogramm „Doppelter Abiturientenjahrgang 2007“ auflegen

- Laufzeit: mindestens zwei Jahre; finanzielle Absicherung der Anmietung von Räumlichkeiten bzw. der Einstellung von befristetem Lehrpersonal

Wissenschaftliche Infrastruktur ausbauen

- Ausbau aller Hochschulstandorte, einschließlich der medizinischen Fakultäten in Halle und Magdeburg, entsprechend ihrer strukturellen Ausrichtung
- Der Hochschulbau muss auch weiterhin eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern bleiben

Finanzielle Rahmenbedingungen für Hochschulen verbessern

- Ausrichtung der Budgets an der strukturellen Entwicklung der jeweiligen Hochschule
- Einrichtung eines Innovationsfonds zur Profilentwicklung und Exzellenzförderung
- Schaffung besserer Rahmenbedingungen zur Erwirtschaftung eigener Einnahmen (u. a. Drittmittel, Verwertung von Forschungsergebnissen, wissenschaftliche Weiterbildung, besondere Angebote für ausländische Studierende)
- Erweiterte Möglichkeiten zur Erschließung zusätzlicher finanzieller oder materieller Ressourcen (Umwandlung in Stiftungshochschulen, Sponsoring,

Fundraising)

- Die Einführung von Studiengebühren für das Erststudium und für konsekutive Studiengänge (Bachelor und Master) wird abgelehnt

Zusammenarbeit von Forschung und Wirtschaft verbessern

- Bündelung von Forschungsaktivitäten durch die Bildung kooperativer Forschungsverbände und hochschulübergreifender Forschungs- und Technologiecluster
- Abstimmung der Berufungspolitik zwischen Hochschulen und Forschungsinstituten, Entwicklung gemeinsamer Graduiertenkollegs, Beteiligung an Profilstudiengängen
- Schnellere wirtschaftliche Umsetzung von Forschungsergebnissen der anwendungsbezogenen Forschung. Dabei keine Vernachlässigung der Grundlagenforschung als Basis für die Erfindungen von Übermorgen
- Unterstützung länderübergreifender Forschungsk Kooperationen

< LEITBILD 3: SACHSEN-ANHALT – EINE KINDER- UND FAMILIENFREUNDLICHE GESELLSCHAFT

Wo stehen wir?

In Sachsen-Anhalt werden zu wenige Kinder geboren. Seit Beginn der 90er Jahre, seit dem wendebedingten, historisch beispiellosen Geburtenknick, verharrt die Geburtenrate auf niedrigem Niveau. Neben der Abwanderung sind die fehlenden Geburten – der Vergangenheit wie der Gegenwart – der Hauptgrund für die zurückgehende Bevölkerungszahl.

Dabei gehören Familie und Kinder zu den zentralen Lebenszielen junger Menschen. Neben einer interessanten Arbeit, die ausfüllt und finanzielle Unabhängigkeit garantiert, wünschen sich fast alle ein Leben mit Partnerin oder Partner und ein oder mehrere Kinder. Junge Frauen und Männer unterscheiden sich darin kaum.

Viele Eltern stellen sich aber die Frage: Welche Zukunftsaussichten wird unser Kind haben? Und sie können diese Frage nicht uneingeschränkt positiv beantworten. Ihnen fehlt ein Stück Vertrauen in die Zukunft. Der Staat und die Gesellschaft können potentiellen Eltern die Entscheidung für ein Kind nicht abnehmen, aber sie stehen in der Pflicht, Kindern und Familien bestmögliche Entwicklungschancen zu bieten.

Auch wenn wir bei der Kinderbetreuung im Bundesvergleich gut dastehen, muss eine wirklich kinder-, jugend- und familienfreundliche Politik viel breiter ansetzen: in den Unternehmen, den Kommunen, bei der finanziellen Ausstattung und der infrastrukturellen Versorgung von Familien. Wenn Familienpolitik in der Breite der Gesellschaft verankert wird, kann das auch ein wirkungsvoller Beitrag gegen die Abwanderung gerade junger und leistungsfähiger Menschen sein.

Kinderbetreuung und Kinderförderung auf hohem Niveau sind notwendige Bestandteile einer kinderfreundlichen Politik. Dazu zählen frühe Förderung und Bildung schon in den Kindertagesstätten, aber auch Initiativen zur Gesundheitsförderung oder für ein gewaltfreies Aufwachsen. Daneben wünschen Kinder und Eltern Angebote zur Partizipation. Sie wollen mitgestalten und müssen die Möglichkeit dazu erhalten.

Seit einigen Jahren beobachten wir einen Ausstieg des Landes und der Kommunen aus der Jugendarbeit, was sich in mehrfacher Hinsicht negativ auswirkt. Hier muss mit ehrenamtlichem Engagement, aber auch mit der Aufrechterhaltung professioneller Angebote gegengesteuert werden.

Die demografische Entwicklung hat vor allem Auswirkungen auf die Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme. Künftig müssen deutlich weniger arbeitende Menschen für immer mehr Rentnerinnen und Rentner aufkommen. Die älter werdende Gesellschaft ist aber auch eine große Chance. Ältere Menschen konsumieren anders und haben andere Interessen. Wirtschaft, Kultur, Sport und Dienstleister müssen sich auf die sich ändernden Bedarfe einstellen.

Eine Trendwende ist nicht von heute auf morgen zu schaffen. Wir brauchen langfristig wirksame Politikansätze, die junge Menschen ermutigen, sich für Kinder zu entscheiden. Politik in Sachsen-Anhalt muss kinder- und familienfreundlicher werden.

Was wollen wir bis 2020 erreicht haben?

Kinder sind willkommen und werden bestmöglich gefördert

Mehr junge Menschen als heute erfüllen sich ihren Kinderwunsch. Familien genießen ein hohes gesellschaftliches Ansehen. Familie und Beruf lassen sich in Sachsen-Anhalt ohne Probleme vereinbaren. Die Unternehmen fördern eine familienorientierte Personalpolitik durch flexible Arbeitszeitmodelle, Betriebskindergärten etc.. Kinderbetreuung und –förderung verfügen quantitativ und qualitativ über ein hohes Niveau.

Bessere finanzielle Förderung für Familien

In Sachsen-Anhalt wie in Deutschland werden Familien mit Kindern finanziell besser gefördert als bisher. Nicht mehr die Ehe wird steuerlich bevorzugt, sondern die Erziehung von Kindern. Ein einkommensabhängiges Elterngeld erhöht den Anreiz auch für Menschen mit mittlerem und höherem Einkommen, sich für Kinder zu entscheiden.

Gute Politik für alle Generationen

Kinder, Eltern und Großeltern in Sachsen-Anhalt wirken mit an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes. Sie sind einbezogen in politische Entscheidungen, die sie selbst betreffen. In Sachsen-Anhalt existieren professionelle Strukturen der Jugendarbeit, die finanziell abgesichert sind. Sachsen-Anhalt bewältigt den demografischen Wandel. Die verschiedenen Generationen leben gut zusammen und unterstützen sich gegenseitig. Die Potentiale der älteren Generation sind erkannt und werden genutzt. Darüber hinaus sind gute Pflege- und Betreuungsstrukturen etabliert. Es gibt ausreichend altersgerechten Wohnraum.

Welche Maßnahmen wollen wir bis 2011 verwirklichen?

Familienpolitik

Recht auf Bildung und Integration in die Gemeinschaft

- Bündelung aller gesellschaftlichen Kräfte im Bündnis für Familie auf Landesebene und in lokalen Bündnissen für Familie
- Verständigung in den Bündnissen für Familien auf verbindliche Ziele der Kinder- und Familienförderung und auf abrechenbare Umsetzungsschritte, etwa zur Gesundheits- und Gewaltprävention, zur Verbesserung der Betreuungsbedingungen (flexiblere Betreuungszeiten), zur Familienberatung oder zur Nutzung von nicht mehr benötigten Schulgebäuden und Sporteinrichtungen als Freizeitstätten
- Erweiterung der Landesverfassung in Artikel 11 (Eltern und Kinder) um die Rechte der Kinder auf Bildung und Integration

Familienfreundliche Unternehmen

- Fortführung erster Ansätze wie der „Allianz für die Familie“ der Bundesregierung, der Vergabe des Zertifikates „Audit Beruf und Familie“ und des Unternehmenswettbewerbes „Erfolgsfaktor Familie 2005“
- Allianz von Arbeitgebern und Gewerkschaften für familienfreundliche Unternehmenskultur, in der der jeweilige Familienbezug der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigt wird. Förderung von

- Müttern und Vätern in ihrer beruflichen Entwicklung
- Unterstützung von Auszubildenden mit Elternverantwortung

Starker Sozialstaat

- Bereitstellung sozialer Dienstleistungen aus einer Hand durch die Kommunen
- Zusammenführung von Jugendpauschale, Fachkräfteprogramm und Landesfamilienförderung zu einer zweckgebundenen Jugend- und Familienpauschale, die von den Kommunen kofinanziert und eigenständig vergeben wird
- Unterstützung der Familienerziehung durch gezielte staatliche Aktivitäten wie die Netzwerke „Gesunde Kita“ und „Gesunde Schule“ sowie die Umsetzung der Gesundheitsziele mit den Schwerpunkten Bewegung, sportliche Betätigung, gesunde Ernährung, drogenfreies Leben und verantwortungsvoller Umgang mit Medien
- Ausbau der integrativen Angebote für behinderte und nicht behinderte Kinder und Jugendliche
- Schutz von Kindern vor Umweltgefährdungen, Minimierung der Risiken für Kinder etwa durch Ausweisung verkehrsberuhigter Zonen, sichere Geh- und Schulwege oder die Einführung von Rufbussen im ländlichen Raum

Gleichberechtigung in der Partnerschaft und mehr Chancen für Frauen im Beruf

- Stärkung der Verantwortung von Vätern in der Familie
- Verbesserung von Arbeitsmarktförderprogrammen, um die Beschäftigungschancen von Frauen zu steigern
- Entwicklung von Konzepten für familienfreundliche Hochschulen
- Unterstützung von Studentinnen in Form von Betriebspraktika, Mentoringprojekten u.a., um den Übergang hochqualifizierter Frauen in die berufliche Praxis zu optimieren
- Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils von Mädchen und jungen Frauen in zukunftsorientierten Berufen

Neue finanzielle Ansatzpunkte für die Familienförderung (auf Bundesebene unter Beteiligung des Landes zu realisieren)

- Umwandlung des Ehegattensplittings in eine steuerliche Förderung von Familien mit Kindern
- Umwandlung eines Teils der finanziellen Leistungen für Familien in eine Finanzierung von familienbezogenen Dienstleistungen
- Unterstützung der Bundesregierung bei der 2007 geplanten Einführung eines einkommensabhängigen Elterngeldes

In die Förderung von Kindern und Eltern investieren

- Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen zu Kinder-Eltern-Zentren als Treffpunkt, Lern- und Gestaltungsort für Eltern und Teil des sozialen Lebens vor Ort
- Ausweitung von Betriebskindergärten und Einsatz von qualifizierten Tagesmüttern vor allem in dünn besiedelten Regionen
- Entwicklung und Förderung von Präventionskonzepten zur Bekämpfung von Gewalt in engen sozialen Beziehungen

Jugendarbeit

Sichere Strukturen und Perspektiven für die Jugendarbeit

- Bedarfsgerechte Angebote der Jugendarbeit erhalten und entwickeln
- Enge Kooperation von Jugendarbeit und Schule
- Förderung des ehrenamtlichen Engagements Jugendlicher in Sportvereinen, Verbänden, der Feuerwehr etc.
- Unentgeltliche Bereitstellung von Räumlichkeiten in Schulen und Horten sowie Sportstätten für Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Angebote zur Förderung von Toleranz und Weltoffenheit

Demografischer Wandel

Den demografischen Wandel gestalten

- Gegenseitige Hilfe der Generationen, um Familien zu stabilisieren und jungen Menschen die Entscheidung für das Hierbleiben zu erleichtern (Großelterndienste, Urlaubsservice etc.)
- Sozial- und Wohnungspolitik müssen ermöglichen, dass Ältere und Menschen mit Behinderungen, die als Folge von Stadtumbauvorhaben von einem Wohnungswechsel durch Leerzug bzw. Abriss betroffen sind, umfassende Unterstützung bei der Vermittlung alters- und behindertengerechten sowie bezahlbaren Ersatzwohnraums erhalten
- Unterstützung älterer Menschen für eine selbständige Lebensführung, möglichst in der vertrauten Umgebung
- Unterstützende Sozial- und Wohnungsbaupolitik, um altersgerechtes Wohnen zu ermöglichen und Unterstützungsnetzwerke zu fördern
- Neuausrichtung von Wohnungsbauförderprogrammen, sowie der sozialverträglichen Stadtsanierungsmaßnahmen, damit sie neben der Unterstützung junger Familien vor allem die bezahlbare Wohnsituation im Alter verbessern helfen
- Weiterentwicklung professioneller Dienstleistungen, die das Wohnen in den eigenen vier Wänden im fortgeschrittenen Alter unterstützen
- Ausbau und Erweiterung der Hospizbewegung durch staatliche Unterstützung
- Einrichtung von geriatrischen Zentren und geriatrische Ausbildung der Ärzteschaft voran bringen
- Entwicklung von mobilen, vernetzten Angeboten für Seniorinnen und Senioren im ländlichen Raum

< LEITBILD 4: SACHSEN-ANHALT – EIN SOZIALES UND SICHERES LAND

Wo stehen wir?

Umfragen zeigen, dass viele Menschen derzeit nicht sehr zuversichtlich in die Zukunft blicken. Dominierend sind die Sorgen um den Arbeitsplatz, um die künftige Höhe der Renten und die Zukunft der Gesundheitsversorgung. Das alles gilt in besonderem Maße für die östlichen Bundesländer und damit auch für Sachsen-Anhalt.

Die Schere zwischen Arm und Reich vergrößert sich zusehends. Der Grundsatz einer sozialen und solidarischen Gesellschaft, wonach starke Schultern mehr tragen sollen als schwache, ist gefährdet. Unverschuldete Armut nimmt zu, die Zahl derjenigen steigt, die ihren Lebensunterhalt nicht mehr aus eigener Kraft bestreiten können und somit auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Zusätzliche Belastungen ergeben sich aus den demografischen Veränderungen.

Diese Entwicklungen fordern sozialdemokratische Politik heraus, die für Gerechtigkeit und Solidarität steht. Neben wirtschaftlichem Wachstum brauchen wir intelligente Lösungen zur Sicherung der Sozialsysteme. Die Vorschläge zur Bürgerversicherung und damit zur Einbeziehung aller Einkommen in die Finanzierung von Gesundheitsversorgung und Pflege sind Schritte in die richtige Richtung und werden von uns unterstützt.

Wir halten die Bürgerversicherung und damit die Einbeziehung aller Einkommen in die Finanzierung von Gesundheitsversorgung und Pflege für besser als die so genannte „Kopfpauschale“. Deshalb treten wir dafür ein, dass im Rahmen eines Kompromisses auf Bundesebene möglichst viel vom Konzept der Bürgerversicherung verwirklicht wird.

Insgesamt wachsen die Anforderungen an eine Politik, die die sozialen Fundamente unserer Gesellschaft erhält und ausbaut. Unser sozialdemokratisches Gesellschaftsbild ist auf Solidarität und Zusammenhalt gerichtet. Neoliberalen Bestrebungen, die den Sozialstaat aushöhlen wollen, erteilen wir eine klare Absage.

Zu einem sozialen und sicheren Sachsen-Anhalt gehören selbstverständlich der Schutz vor Kriminalität und Gewalt und ein funktionierender Rechtsstaat. Dabei können wir einerseits auf positive Entwicklungen verweisen: Die Zahl der Straftaten geht zurück. Aber bestimmte Kriminalitätsformen (u.a. Wirtschafts- und Drogendelikte) nehmen zu. Darauf muss sich die Polizei noch besser einstellen können.

Was wollen wir bis 2020 erreicht haben?

Soziale Sicherheit durch verbrieft Qualitätsstandards

In Sachsen-Anhalt sind Qualitätsstandards in allen Bereichen sozialer Dienstleistung definiert und verbindlich garantiert (für die Bereiche Bildung, Kinderbetreuung, Pflege, Versorgung mit öffentlichen Gütern und medizinischen Leistungen). Alle Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts haben gleiche Chancen diese Dienstleistungen in Wohnortnähe in Anspruch zu nehmen. Die Versorgung von Menschen mit Behinderungen entsprechend ihrem individuellen Hilfebedarf ist sichergestellt.

Ausreichende Gesundheitsversorgung, funktionierende Pflege

Sachsen-Anhalt hat sich mit seinem Gesundheitssystem und seinem Pflegesystem erfolgreich auf die demografische Entwicklung eingestellt. Zur Finanzierung leisten alle ihren Beitrag. Im ländlichen Bereich Sachsens-Anhalts sichern Versorgungszentren, wo mehrere Ärzte zusammenarbeiten und ergänzende Dienste die medizinische Versorgung. Im Pflegebereich gilt der Grundsatz „ambulant vor stationär“.

Gegen Diskriminierung, für Chancengleichheit

Die Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Gesellschaft, im Erwerbsleben und der Familie ist weitgehend erreicht. Der Frauenanteil in Führungspositionen ist deutlich gestiegen. Frauen sind gemäß ihrem Bevölkerungsanteil in öffentlichen Gremien – einschließlich der Landesregierung und dem Landtag – vertreten.

Das Behindertengleichstellungsgesetz wird konsequent umgesetzt, Menschen mit Behinderung nehmen selbst bestimmt am gesellschaftlichen Leben teil.

Gleichgeschlechtliche Ehen sind mit gleichen Rechten wie Ehen zwischen Frau und Mann ausgestattet. Lesben und Schwule werden in der Gesellschaft nicht mehr diskriminiert.

Konsequent gegen Kriminalität und ihre Ursachen

Unser Gemeinwesen findet sich mit Kriminalität nicht ab. Weil jede Straftat eine zuviel ist, wird mit aller Härte gegen Kriminalität und ihre Ursachen vorgegangen. Die Bürgerinnen und Bürger werden mit ihren Sorgen ernst genommen. Viele Menschen zeigen Zivilcourage und helfen so mit, Straftaten zu verhindern. Dank der Mithilfe der Bürgerinnen und Bürger und der guten Arbeit von Polizei und Justiz ist die Zahl der Straftaten gegenüber heute deutlich gesunken und die Aufklärungsquote gestiegen.

Sachsens-Anhalts Polizei, Justiz, die Feuerwehren und der Katastrophenschutz sowie der öffentliche Gesundheitsdienst sind personell und mit Sachmitteln angemessen ausgestattet. Im europäischen Kontext ist eine zeitgemäße Sicherheitsarchitektur entstanden, die für ein komplexes Gefahrenmanagement zum Schutz der Bevölkerung vor den Gefahren des internationalen Terrors, der Sabotage lebenswichtiger kritischer Infrastrukturen, durch organisierte Kriminalität, durch besonders schwere Unglücksfälle, lebensbedrohliche Epidemien, bioterroristische Angriffe sowie durch zerstörerische Naturkatastrophen und deren Folgen, gut gerüstet ist.

Funktionierender Rechtsstaat

Sachsen-Anhalt hat eine moderne Justiz, die aus nur zwei Gerichtsbarkeiten besteht, über einen klaren dreistufigen Gerichtsaufbau verfügt und mit einheitlicher Gerichtsverfassung und weitgehend vereinheitlichten Verfahrensordnungen für Transparenz sorgt. Verfahren und Fälle werden zügig abgearbeitet.

Welche Maßnahmen wollen wir bis 2011 verwirklichen?

Gesundheit

Gesundheitssystem an veränderte Bedingungen anpassen

- Schaffung von medizinischen Versorgungszentren, Öffnung von Krankenhäusern für die ambulante Versorgung, Integration von sozialen Diensten, um die Versorgung mit gesundheitlichen Dienstleistungen auch im ländlichen Raum dauerhaft zu gewährleisten
- Gestaltung der Krankenhauslandschaft unter Qualitäts- und Integrationsgesichtspunkten
- Weiterentwicklung der Gesundheitsziele

Gesundheitsprävention bei Kindern und Jugendlichen verbessern

- Gesundheitsaufklärung in Kindertageseinrichtungen, in der Schule und in der Jugendarbeit, Steigerung der Unterrichtsstunden im Fach Sport, Durchführung bzw. Förderung spezieller Präventionsangebote im Bereich der Ernährung, der Bewegung, der Konfliktbewältigung und des Umgangs mit Medien
- Verbesserung des psychosozialen Betreuungsangebotes für Kinder und Jugendliche
- Angebot von Impfungen an Kindertagesstätten und Schulen
- Schaffung der Voraussetzungen dafür, dass die kinderärztlichen Untersuchungen (U 1 bis U 9) verpflichtend gemacht werden, damit Vernachlässigungen, Misshandlungen und Missbrauch von Kindern rechtzeitig identifiziert werden können

Solidarische Bürgerversicherung auf Bundesebene einführen

- Unterstützung der Weiterentwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung zu einer solidarischen Bürgerversicherung, in der alle Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit ihren Beitrag leisten, alle Einkommensarten einbezogen werden und alle Versicherten den gleichen Anspruch auf die notwendigen medizinischen Leistungen haben

Pflege sichern

- Reform der Pflegeversicherung als Bürgerversicherung analog zur gesetzlichen Krankenversicherung
- Stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse dementer Pflegebedürftiger
- Orientierung der Personalausstattung in Pflegeeinrichtungen am tatsächlichen Pflegebedarf
- Ergänzung der externen Qualitätssicherung durch internes Qualitätsmanagement
- Konsequente Umsetzung des Vorrangs von Prävention, medizinischer Rehabilitation und ambulanter Pflege vor stationärer Betreuung, um so lange wie möglich ein selbst bestimmtes Leben zu ermöglichen

Verbraucherschutz stärken

- Fragen des Verbraucherschutzes in alle Politikbereiche einbeziehen und berücksichtigen
- Zuständigkeiten im Verbraucherschutz bündeln, um Synergieeffekte zu erreichen

- Förderung der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt e.V., um die Verbraucherberatung im Land Sachsen-Anhalt für die Bürgerinnen und Bürger zu erhalten und fortzuentwickeln

Chancengleichheit

Chancengleichheit von Frauen und Männern verbessern

- Ausrichtung der Strukturfonds für die neue EU-Förderperiode ab 2007 konsequent unter dem Gesichtspunkt der Förderung von Geschlechtergerechtigkeit
- Berücksichtigung der Frauenförderung bei wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Programmen des Landes
- Förderung der Chancengleichheit in Kindertageseinrichtungen, Schule, Ausbildung, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung sowie beim Berufseinstieg und der beruflichen Karriere
- Initiierung einer breiten öffentlichen Debatte zur aktiven, gestaltenden Rolle von Männern im Zusammenleben der Generationen (Verantwortung gegenüber Kindern, in der Partnerschaft und gegenüber der Eltern-/Großelterngeneration) und zum Anspruch von Frauen auf ihren gleichberechtigten Platz in der Arbeitswelt
- geschlechtsspezifische Auswertung der Gesundheitsziele in Sachsen-Anhalt
- Weiterentwicklung der Maßnahmen gegen häusliche Gewalt

Behindertengleichstellung verbessern, Diskriminierung verhindern

- Umsetzung des Landesgesetzes zur Behindertengleichstellung im Alltags-handeln
- Stärkung der Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen
- Verbesserung des barrierefreien Zugangs von Menschen mit Behinderungen zu öffentlichen Gebäuden und Institutionen
- Abschluss eines Rahmenvertrages für die Sicherung der individuellen Hilfebedarfe der Menschen mit Behinderungen

Innere Sicherheit

Bestehende Gesetze im Sicherheitsbereich überprüfen

- Evaluierung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (SOG-LSA) und der Strafprozessordnung (StPO) und des Verfassungsschutzgesetzes mit dem Ziel, den Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden ein zeitgemäßes und wirkungsvolles Instrumentarium zur Gefahrenabwehr bzw. zur Verhinderung und Verfolgung von Straftaten sowie zur Vorsorge für eine künftige Strafverfolgung an die Hand zu geben

Zukunftssichere Strukturen für eine gute Polizeiarbeit

- Ausstattung mit den notwendigen Personal- und Sachmitteln
- Reduzierung der Anzahl der Polizeidirektionen und –einrichtungen um nachhaltige Synergie- und Einspargewinne zu erzielen, bei gleichzeitiger Stärkung der Reviere und der Präsenz vor Ort um Bürgernähe und Kenntnis der örtlichen Strukturen zu gewährleisten

- Überprüfung von Organisationsrahmen und Aufgabenumfang des Technischen Polizeiamtes, des Landeskriminalamtes, der Fachhochschule der Polizei und der Landesbereitschaftspolizei, dabei ist eine länderübergreifende Kooperation anzustreben
- Einstellung junger Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter sowie Sicherstellung einer praxisorientierten Aus- und Fortbildung auch in Zusammenarbeit mit benachbarten Ländern

Verkehrssicherheitsberatung verbessern

- Verstärkung der Verkehrsüberwachung
- Mehr Aufmerksamkeit für die Risikogruppe jugendlicher Verkehrsteilnehmer zwischen 18 und 25 Jahren
- Stärkere Unterstützung der Verkehrssicherheitsberatung von Polizei und Verkehrswacht durch Umschichtungen im Haushalt der Landespolizei

Kriminalitätsbekämpfung durch Prävention und Repression

- Ansetzen an den Ursachen von Kriminalität
- Anpassen von Präventions- und Repressionsstrategien an die veränderte Bevölkerungsstruktur
- Besonderes Augenmerk auf die Bekämpfung des internationalen Terrorismus richten
- Den Blick auf junge Menschen richten und ihnen deutlich machen, dass kriminelles Verhalten in unserer Gesellschaft nicht geduldet werden kann
- Fortsetzung der wegweisenden Arbeit der Jugendberatung bei der Polizei
- Bessere Reintegration jugendlicher Straftäter in unserer Gesellschaft
- Weitere Förderung der Arbeit des Landespräventionsrates und der kommunalen Präventionsarbeit
- Fortführung des Konzeptes der „aufsuchenden Polizeiarbeit“ z. B. bei Hooligans gewaltbereiten Extremisten

Feuerwehren aktiv unterstützen

- Gewährleistung der personellen Einsatzfähigkeit von Feuerwehr, Katastrophenschutz und öffentlichem Gesundheitsdienst
- Unterstützung der Jugend- und Nachwuchsarbeit der Freiwilligen Feuerwehren
- Sicherung der personellen Ausstattung der Brand- und Katastrophenschutzschule in Heyrothsberge, um die notwendige Aus- und Fortbildung zu ermöglichen
- Zügige Zusammenlegung der Feuerwehrunfallkasse Sachsen-Anhalts mit der Thüringens

Justiz

Binnenstrukturen der Justiz modernisieren

- Stärkung der Selbstverwaltung der Gerichte
- Auswahl und Beförderung der Richter durch Richterwahlausschuss

Effektive Justizstrukturen entwickeln

- Umsetzung einer Justizreform, die die Verfahrenswege vereinfacht und Gerichtszweige zusammenfasst
- Anpassung der Gerichtsstrukturen an die Veränderungen durch den neuen Zuschnitt der Landkreise

- Ausbau weiterer Justizzentren, um die Dienstleistungen der Justiz „aus einer Hand“ anbieten zu können und Synergien zu nutzen
- Bildung gemeinsamer Obergerichte mit anderen Bundesländern

Rechtsschutz sichern

- Verbesserung der Möglichkeiten vor- und außergerichtlicher Streitschlichtung
- Wiedereinführung des durch das Zweite Investitionserleichterungsgesetz abgeschafften Widerspruchsverfahrens, um den Rechtsschutz für die Bürgerinnen und Bürger zu sichern

Angespannte Situation im Strafvollzug verbessern

- Verbesserung der Sicherheit und Arbeitsbedingungen der im Justizvollzug Tätigen durch verstärkte Qualifikation des Personals und verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten
- Verbesserung der Resozialisierung im Vollzug

Soziale Funktion der Justiz stärken

- Stärkung der sozialen Dienste der Justiz und der freien Straffälligen- und Bewährungshilfe durch die Aufrechterhaltung der finanziellen Ausstattung und eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit
- Ausbau des Täter-Opfer-Ausgleichs
- Verbesserung der Opferbetreuung
- Ersatzhaft bei nicht gezahlten Geldstrafen durch mehr gemeinnützige Arbeit vermeiden („Schwitzen statt sitzen“)
- Verstärkung der Bemühungen zur Wiedereingliederung von Straftatschenden durch Nachsorgekonzepte nach Haftverbüßung

Bevölkerungsschutz

Effektiven Bevölkerungsschutz sichern

- Bereitstellung gut ausgebildeter Einsatzkräfte, die in allen Notlagen an allen Orten des Landesgebiets und bei Bedarf auch in benachbarten Regionen in kürzester Zeit einsetzbar sind
- Schaffung eines Sicherheitsverbundes aus Feuerwehr, Katastrophenschutz, öffentlichem Gesundheitsdienst und Polizei zur fachübergreifenden Führung im Bevölkerungsschutz bei Krisenlagen
- Gewährleistung eines effektiven Hochwasserschutzes u.a. durch zügige Fertigstellung aller geplanten Deichbauarbeiten
- Effektive zweistufige Katastrophenschutzverwaltung
- Verbesserung der Abstimmung mit Nachbarländern
- Sachsen-Anhalt kann eine zentrale Rolle als Vorreiter zu Gunsten einer europäischen Beobachtungs- und Analysestelle für Katastrophenfälle, insbesondere im Bereich des Hochwasserschutzes, einnehmen

< LEITBILD 5: SACHSEN-ANHALT – EIN LEBENSWERTES UND WELTOFFENES GEMEINWESEN

Wo stehen wir?

Sachsen-Anhalt ist schon heute ein lebenswertes Land. Jede Region hat ihre eigenen Vorzüge, wir verfügen über eine bemerkenswerte Geschichte und kulturelle Tradition. Die Umweltbedingungen haben sich seit der Wende deutlich verbessert, Luft- und Wasserqualität sind deutlich gestiegen, viele Naturschönheiten und Tourismusziele locken Besucherinnen und Besucher von nah und fern. Städte und Dörfer haben sich auf beeindruckende Weise verändert. Viel Geld ist in die Verbesserung der Vor-Ort-Infrastruktur und des Wohnumfeldes, in Dorferneuerung und Stadtumbau geflossen.

Sachsen-Anhalt wird vor allem durch seine Großstädte, aber auch durch eine Vielzahl von kleineren und mittleren, oft kulturhistorisch wertvollen Städten geprägt. Sie erfüllen eine wichtige ökonomische und infrastrukturelle Funktion für den ländlichen Raum. Die Städte müssen gestärkt werden, damit sie als Motor für die Region wirken können.

Viele Städte machen heute einen Prozess der Schrumpfung durch und reagieren darauf mit einem umfassenden Stadtumbau. Wohnungen werden in großer Zahl nicht mehr benötigt, die infrastrukturelle Ausstattung der Städte ist überdimensioniert. Auch wenn der Einwohnerrückgang regional unterschiedlich stark ist, werden alle Städte auf mittlere Sicht mit gesunkenen Einwohnerzahlen leben müssen und deshalb auch weiter an Finanzkraft verlieren. Somit müssen sie neue Formen der Arbeitsteilung und Vernetzung entwickeln und nutzen, um eine ausreichende Infrastruktur weiter vorhalten zu können und urbane Lebensqualität zu bieten.

Aufgrund der demografischen Entwicklung muss sich die Politik in den kommenden Jahren auch weiterhin dem ländlichen Raum zuwenden. Die Menschen auf dem Land haben einen Anspruch auf eine angemessene Grundversorgung mit öffentlichen Gütern zu bezahlbaren Preisen. Dazu zählen Energie- und Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Kinderbetreuung, Schulen, Gesundheitsversorgung, ÖPNV und vieles mehr. Um diesen Anspruch zu sichern, bedarf es kreativer Lösungen.

Der ländliche Raum kann die Zentren nicht kopieren. Aber das ist auch nicht nötig. Denn auf dem Land lassen sich andere Ansprüche an Lebensqualität realisieren: Ruhe, Leben mit der Natur, bessere Umweltqualität. Es kommt darauf an, diese besonderen Stärken des ländlichen Raums zu erhalten und zu stärken. Die moderne Landwirtschaft kommt mit immer weniger Arbeitskräften aus. Deshalb müssen neue Arbeitsplätze in Handwerk und Gewerbe sowie bei modernen Dienstleistungen die wirtschaftliche Basis für die ländlichen Räume verbreitern. Entscheidend für eine zukunftsfähige Entwicklung wird sein, die verschiedenen Funktionen des ländlichen Raumes (Lebens-, Wirtschafts-, Natur- und Erholungsfunktion) in Einklang zu bringen und regionale Wirtschaftskreisläufe zu entwickeln.

Sachsen-Anhalt verfügt über ein großes kulturelles Erbe aus verschiedenen Epochen mitteleuropäischer Kulturgeschichte. Der Reichtum und die Vielfalt unserer Kulturlandschaft sind Verpflichtung und Chance zugleich. Trotz leerer Kassen und auch angesichts einer abnehmenden Bevölkerung muss dieses facettenreiche Potential auch weiterhin mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Gleichzeitig

werden wir dafür werben, dass die öffentliche Förderung von Kunst und Kultur ergänzt wird durch private Initiativen und bürgerliches Engagement.

Der Sport in Sachsen-Anhalt steht für Spitzenleistungen und eine breite Basis vor Ort. Gemessen an der Bevölkerung des Landes erringen die Sportlerinnen und Sportler aus Sachsen-Anhalt überproportional viele Medaillen bei internationalen Wettkämpfen. Die Mitgliederzahl in den Vereinen hat sich auf hohem Niveau stabilisiert. Sport und Politik haben seit der Wende ein stabiles Bündnis geschaffen, das es zu erhalten gilt.

Zum lebenswerten Sachsen-Anhalt gehören Weltoffenheit und Gastfreundlichkeit. Sachsen-Anhalt ist – trotz eines nach wie vor vergleichsweise geringen Ausländeranteils – längst mitten im Prozess der Globalisierung. Viele ausländische Unternehmen haben sich bei uns angesiedelt, an unseren Hochschulen studieren junge Menschen aus allen Kontinenten.

Eine Minderheit hält dies nicht für einen Gewinn, sondern polemisiert gegen Ausländerinnen und Ausländer und propagiert rechtsextremes Gedankengut. Ausländerfeindlichkeit und rechtsextreme Einstellungen sind trotz vielfältiger Appelle und Aktionen nicht verschwunden, sie halten sich hartnäckig. Statistiken über rechtsextrem motivierte Straftaten lassen keine Entwarnung zu. Der Einsatz für ein weltoffenes Sachsen-Anhalt bleibt eine Daueraufgabe.

Ein lebenswertes und attraktives Sachsen-Anhalt lebt nicht zuletzt davon, dass es den Menschen Freude macht, sich vor Ort zu engagieren, in Vereinen und Verbänden, in Parteien und Gewerkschaften. Politik muss dieses Engagement fördern und darf es keinesfalls behindern.

Die Demokratie lebt vom aktiven Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Die Förderung des Bürgerengagements und der Bürgerbeteiligung an Entscheidungen soll zum Querschnittsziel in sämtlichen politischen Handlungsfeldern werden.

Was wollen wir bis 2020 erreicht haben?

Lebenswerte Städte und Gemeinden, attraktiver ländlicher Raum

Unsere Städte und Dörfer sind noch schöner und lebenswerter geworden. Private und öffentliche Investitionen in Wohnraum und Infrastruktur sorgen für eine Verbesserung von Wohn- und damit Lebensqualität. Die Bewohner identifizieren sich mit ihrem Wohnort, da sie durch Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung immer direkt in Veränderungsprozesse eingebunden waren. Gute Nachbarschaften verhindern Vereinsamung und Anonymität. Der Abriss überzähligen Wohnraums in Sachsen-Anhalt ist abgeschlossen. Die Wohnungsunternehmen haben sich konsolidiert, Mieten und Bauland sind weiterhin günstig. Das Bauen „auf der grünen Wiese“ kommt praktisch nicht mehr vor. Wohnungsunternehmen bieten attraktive Wohnformen. Die städtischen Quartiere haben sich stabilisiert.

Ältere Menschen sind in das aktive Leben der Städte und Dörfer integriert. Barrierefreie Infrastruktur wird zum Standortvorteil. Gesundheit und Pflege sind Wachstumsbranchen.

Soziale, kulturelle, schulische und Freizeitinfrastruktur haben ihr Gesicht verändert. Viele Angebote werden von mehreren Kommunen gemeinsam getragen, viel wird

von Bürgerinitiativen und privaten Stiftungen auf den Weg gebracht.

Der Bevölkerungsrückgang kommt allmählich zum Stillstand, Städte mit attraktiven Angeboten für Familien mit Kindern verzeichnen sogar wachsende Einwohnerzahlen. Menschen aus anderen Regionen der Welt entdecken Sachsen-Anhalt als Bildungsstandort, Arbeitsort und attraktiven Platz zum Leben.

Im ländlichen Raum sind viele kreative Lösungen verwirklicht – vom Ruftaxi bis zur qualifizierten Tagesmutter -, die trotz zurückgegangener Bevölkerung eine Teilhabe der Menschen an öffentlichen Gütern zu bezahlbaren Preisen ermöglichen.

Verbesserter Umwelt- und Naturschutz

Die Situation im Umwelt- und Naturschutz hat sich weiter verbessert, da die Umsetzung europäischer Vorgaben erfolgreich verläuft und die Akzeptanz durch eine aktive Umweltbildung gestiegen ist. Durch die enge Einbindung von Umwelt- und Naturschutzmanagement in die Tourismusbranche ist es gelungen, einen naturnahen Tourismus in Sachsen-Anhalt zu etablieren, der nicht unwesentlich zur Wertschöpfung und zur Erhaltung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen beiträgt.

Kulturland Sachsen-Anhalt

Die öffentliche Förderung von Kunst und Kultur wird durch private Kunstförderung und neue Finanzierungsmodelle ergänzt. Es ist gelungen, die Einzigartigkeit unserer Kulturlandschaft national und international bekannter zu machen. Der Kulturtourismus nach Sachsen-Anhalt hat deutlich zugenommen.

Land des Sports

Sachsen-Anhalt bleibt Land des Sports, gleichermaßen belegt durch Spitzenleistungen und breite Beteiligung und aktive Mitwirkung der Bevölkerung. Der Anteil der Bürgerinnen und Bürger in Sportvereinen ist gestiegen. Bei internationalen Meisterschaften gehört Sachsen-Anhalt nach wie vor zu den erfolgreichsten Bundesländern. Die Infrastruktur im Sport hat sich durch gezielte Investitionen weiter verbessert, sowohl im Bereich des Spitzen- wie des Breiten- und Behindertensports.

Weltoffenes Sachsen-Anhalt

Die Zahl der Menschen mit rechtsextremen Einstellungen ist deutlich gesunken. Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund kommen nur noch vereinzelt vor, organisierte rechtsextreme Strukturen gibt es in Sachsen-Anhalt nicht mehr. Ausländerinnen und Ausländer leben integriert in unserer Mitte. Sie bereichern unsere Gesellschaft. Durch Kommunalpartnerschaften auf europäischer Ebene werden Völkerverständigung und Freundschaft über nationale und kulturelle Grenzen hinweg auch von den Bürgern vor Ort erlebt.

Engagierte Bürgerinnen und Bürger

Sachsen-Anhalt gehört im Bundesvergleich zu den Ländern mit einem hohen Anteil von Menschen mit Vereins-, Verbands- und Parteizugehörigkeit. Gleichzeitig ist die Bereitschaft zu ehrenamtlicher Tätigkeit für das Gemeinwesen besonders hoch.

Welche Maßnahmen wollen wir bis 2011 verwirklichen?

Raumordnung und Landesentwicklung an veränderten Bedingungen ausrichten

- Für eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt im Interesse seiner Menschen bedarf es einer querschnittsorientierten und fachübergreifenden raumbezogenen Rahmenplanung
- Der Landesentwicklungsplan in Sachsen-Anhalt muss überarbeitet werden, insbesondere ist die zentralörtliche Gliederung einer zukunftsfähigen Struktur zuzuführen. Dabei ist die demographische Entwicklung verstärkt zu berücksichtigen

Wohnungs- und Städtebaupolitik

Wohnungs- und Städtebaupolitik mit Zukunft

- Gemeinsame Anschlusslösung von Bund und Ländern für den Stadtumbau Ost nach 2009
- Sicherung einer festen Mittelquotierung für Stadtentwicklungsprogramme aus dem Länderanteil der EU-Strukturfonds für die Förderperiode 2007 bis 2013
- Einsatz eines Teils der durch die Abschaffung der Eigenheimzulage eingesparten Mittel für die Strukturverbesserung der Städte
- Internationale Bauausstellung (IBA) Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 als bedeutsames Kommunikationsvorhaben des Standortmarketings; Verwirklichung der IBA-Projekte durch ressortübergreifende Kooperation
- Verstärkung des Regional- und Stadtmarketings
- Einsatz von Mitteln der Wirtschaftsförderung für die Stärkung städtischer Verdichtungsräume
- Zukunftsgerechte Stadtentwicklung im Blick auf Familien mit Kindern: innerstädtische Alternativen zum Wohnen in der Einfamilienhaus-Siedlung am Stadtrand entwickeln und erproben
- Schaffung von Anreizen zu Investitionen für die energetische Sanierung der Wohngebäude durch Bund- und Länderprogramme
- Fortsetzung des Stadtumbaus unter maßgeblicher Beteiligung kommunaler Wohnungsgesellschaften
- Kritische Prüfung der Einführung neuer Anlageformen für Wohnungsunternehmen und der Privatisierung kommunaler Wohnungsbestände im Hinblick auf Mieterschutz

Ländlicher Raum

Grundversorgung und soziale Infrastruktur im ländlichen Raum sichern

- Investitionsentscheidungen der Kommunen für soziale Infrastruktur sind so zu fällen, dass eine Nutzbarkeit durch alle Generationen möglich ist
- Festlegung von Entwicklungszielen für die Regionen im Rahmen von integrierten Entwicklungskonzepten
- Neuorientierung in der Dorfentwicklung, kreative Lösungen zum Erhalt ortsbildprägender Bausubstanz und zur Bewahrung historischer Dorfkerne
- Förderung von Unternehmensgründungen, Anreize für privates Engagement bieten
- Erhalt von Krippen, Kindergärten und Schulen in zumutbarer Entfernung,

- Ergänzung durch alternative Angebote (qualifizierte Tagesmütter)
- Nutzung von Schulen auf dem Land als Zentren des sozialen und kulturellen Lebens
- Sicherstellung eines bedarfsgerechten ÖPNV-Angebotes durch stärkeren Einsatz von flexiblen und kostengünstigen Verkehrsangeboten (Rufbus, Sammeltaxi) insbesondere im ländlichen Raum

Umwelt- und Naturschutz

Wichtige Aufgaben im Natur- und Umweltschutz konsequent abarbeiten

- Fortführung der Beseitigung von Altlasten in Böden, Oberflächengewässern und im Grundwasser
- Fortsetzung der im Jahr 1999 gegründeten Umweltallianz von Land und Unternehmen zur Förderung von Umweltaktivitäten in der Wirtschaft
- Reduzierung von Lärmbelastung und Luftverschmutzung
- Reduzierung der Versiegelung von Flächen durch ein intelligentes Flächenmanagement; Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach dem Naturschutzgesetz vorrangig zur Entsiegelung von Flächen
- Gesetzliche Verankerung des Status von Naturschutz Helfern in unserem Land
- Aktive Einbeziehung der Großschutzgebiete wie National- und Naturparke sowie Biosphärenreservate in die regionale Entwicklung
- Verbesserung der Umweltbildung, um insbesondere die junge Generation für den Umwelt- und Naturschutz zumobilisieren.
- Entwicklung eines naturnahen Tourismus.
- Wiedereinführung des Einheitsforstamtes als kompetente Verwaltung zur nachhaltigen Entwicklung unserer Wälder
- Schaffung einer rechtlichen Grundlage zur Gründung von Wasser- und Bodenverbänden

Kultur

Kulturelle Vielfalt im Land erhalten

- Bewahrung der vielfältigen Kulturlandschaft Sachsen-Anhalts sowohl in den Zentren als auch in der Fläche durch eine Mischfinanzierung von öffentlicher Hand (Land, Kommunen) und privaten Initiativen
- Bürgerengagement als Quelle lokalen kulturellen Lebens fördern und entwickeln
- Gewährleistung eines angemessenen Verhältnisses zwischen kulturhistorischem Erbe, zeitgenössischer Kunst, freizeitbezogener Breitenkultur und Nachwuchsförderung
- Qualität und Nachhaltigkeit als wesentliche Kriterien von Kulturpolitik (vertragliche Bindungen werden verlässlich erfüllt, neue Bindungen wird das Land nur nach einer Evaluierung eingehen)
- Sicherstellung einer flächendeckenden Bibliotheksversorgung im Land; Entwicklung der Lesefähigkeit der Kinder

Sport

Sport in Sachsen-Anhalt: Spitzenleistungen und breite Basis

- Sicherung der finanziellen Förderung des Landessportbundes mit Zielvereinbarungen und mehrjährigen Budgets

- Fortsetzung der Förderung des Neu- und Ausbaus und der Sanierung von Sportstätten im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten von Landes- und Kommunalhaushalten, sinnvolle Verwendung der Bundesmittel aus dem Goldenen Plan Ost
- weiterhin Unterstützung von Spitzensporteinrichtungen wie Olympiastützpunkten, Leistungszentren, Eliteschulen des Sports und Sportinternaten
- gezielte Förderung des Nachwuchs-Leistungssportes, u.a. durch Sicherung des Fortbestandes des „Juniorteams Olympia“
- Unterstützung des Behindertensports
- quantitative und qualitative Verbesserung des Schulsportes und Weiterentwicklung des Projektes "Sport in Schule und Verein", um Kinder und Jugendliche wieder stärker für den Sport zu begeistern
- Kooperation von Wirtschaft und öffentlicher Hand bei der Förderung des Sports
- Einbeziehung des Sports in arbeitsmarktpolitische Programme nach dem Vorbild von „Aktiv zur Rente“

Einsatz gegen Rechtsextremismus

Aktiver Einsatz gegen Rechtsextremismus

- Fortsetzung aller bereits begonnenen Vorhaben im Bereich der politischen Bildungsarbeit (Schule, außerschulische Jugendbildung)
- Stärkere Konzentration der Landeszentrale für politische Bildung auf den Bereich Rechtsextremismus/Weltoffenheit.
- Regelmäßige Runde Tische gegen Rechtsextremismus und Unterstützung bestehender gesellschaftlicher Netzwerke wie den Verein „Miteinander e.V.“
- Förderung weltoffenen Denkens durch verstärkte internationale Jugendbegegnungen auf kommunaler wie überregionaler Ebene
- Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund
- Weitere Erhöhung des polizeilichen Fahndungsdrucks auf rechtsextreme Straftäter

Aktive Bürgergesellschaft

Eine aktive Bürgergesellschaft entwickeln und Ehrenamt fördern

- Einsatz auf Bundesebene für die Reform des Gemeinnützigkeitsrechts sowie für die Umsetzung der von der Bundestags-Enquetekommission „Bürgerschaftliches Engagement“ vorgelegten bundespolitischen Empfehlungen
- Überprüfung der Landesgesetzgebung und anderer Regelungen dahingehend, ob sie dem Ziel eines „ermöglichenden Staates“ dienen, der das Zusammenwirken zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure fördert
- Aufbau einer „Infrastruktur des Helfens“ in Form von Freiwilligenagenturen, Ehrenamtsbörsen, Selbsthilfekontaktstellen etc., die Interessierte ermutigen und beraten, ihnen praktische Hilfestellungen geben und Kontakte vermitteln
- Erprobung und Entwicklung neuer Verfahren der Bürgerbeteiligung (z.B. Bürgergutachten, Zukunftskonferenzen, Konsensuskonferenzen, E-Participation etc.) zu wichtigen landespolitischen Vorhaben und Unterstützung ihrer Anwendung auf kommunaler Ebene

- Öffentliche Würdigung von besonderem ehrenamtlichen oder zivilgesellschaftlichen Engagement
- Förderung von altersgemäßen Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und Seniorinnen und Senioren auf kommunaler und Landesebene
- Einbeziehung der Seniorenvertretungen, Behindertenbeiräte, Ausländerbeiräte, Familienverbände, des Landesfrauenrats u.a. in die Vorbereitung von sozialpolitischen Entscheidungen

< LEITBILD 6: SACHSEN-ANHALT – EIN SOLIDER HAUSHALT UND EINE LEISTUNGSSTARKE VERWALTUNG

Wo stehen wir?

Sachsen-Anhalt steht 15 Jahre nach der Wende vor einem gewaltigen Schuldenberg, der Ende 2006 rund 20 Milliarden Euro betragen wird – mehr als das Doppelte des gegenwärtigen Haushaltsvolumens. Das selbst gesteckte Ziel, die Neuverschuldung bis Ende 2006 auf Null zu bringen, hat die gegenwärtige Landesregierung weit verfehlt. Stattdessen wurden zwischen 2002 und 2006 rund fünf Milliarden Euro zusätzlicher Schulden gemacht.

Die Einnahmen des Landes werden aufgrund des Bevölkerungsrückgangs und aufgrund zurückgehender EU- und Bundesmittel bis 2020 auf zwei Drittel des heutigen Niveaus sinken.

Wenn das Land auch künftig handlungsfähig bleiben will, muss die Neuverschuldung auf Null gebracht werden. Realistisch ist dies erst zum Ende der kommenden Legislaturperiode, also 2011. Um dies zu erreichen, muss das Land ernst machen mit der Konsolidierung und insbesondere die Kosten begrenzen, für die es selbst verantwortlich ist. Denn nur dann kann von Dritten ernsthaft erwartet werden, dass auch sie sich am Sparkurs beteiligen.

Die gegenwärtige Landesregierung hat längst nicht alle Konsolidierungsmöglichkeiten ausgeschöpft. Die Reform der kommunalen Strukturen und der Landesverwaltung ist halbherzig und nur auf Druck der SPD angegangen worden. Für eine umfassende, langfristig tragfähige Reform fehlten Kraft und Mut. Jahr für Jahr gehen somit viele Millionen Euro für die Konsolidierung verloren.

Der Versuch, über eine verstärkte Kooperation mit den Nachbarländern Sachsen und Thüringen Geld zu sparen, ist vollends gescheitert. Auch hier hat es der Landesregierung an Beharrlichkeit und Durchsetzungsfähigkeit gefehlt.

In der Situation, in der Sachsen-Anhalt steht, kommt nur ein ebenso entschiedener wie kluger Konsolidierungskurs in Frage. Denn um sich weiter entwickeln zu können, braucht Sachsen-Anhalt in den Schwerpunktbereichen Wirtschaft, Arbeit, Bildung, Forschung und Familie weiterhin Ausgaben auf hohem Niveau. Umso entschlossener müssen Sparerfolge bei den Kosten der Verwaltung und durch Bürokratieabbau durchgesetzt werden.

Selbst wenn dieser Kurs eingeschlagen wird und das Land alle Konsolidierungsziele erreicht, kann Sachsen-Anhalt die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben auf Dauer nicht schließen. Deshalb wird auch der Bund einen Beitrag zur Stabilisierung der Finanzsituation leisten müssen.

Was wollen wir bis 2020 erreicht haben?

Solide Haushaltspolitik

Sachsen-Anhalt kommt ohne Neuverschuldung aus und tilgt seine „alten“ Schulden regelmäßig mit 200 Mio. Euro jährlich. Langsam aber stetig sinkt so die Zinsbelastung. Das Land hat seine Ausgaben den verringerten Einnahmen angepasst. Durch kluges Umsteuern ist es gelungen, die Kosten für Personal und

Verwaltung drastisch zu reduzieren. Im Gegenzug ist es weiterhin möglich, Zukunftsinvestitionen zu tätigen und soziale Aufgaben zu finanzieren.

Unsere Verwaltungsstrukturen: effizient, kostengünstig, bürgerfreundlich, unbürokratisch

Sachsen-Anhalt verfügt über eine hoch effiziente, zweistufige Verwaltung mit nur noch sechs Ministerien, starken Großstädten, fünf großen Landkreisen und starken Einheitsgemeinden. Die Verwaltung arbeitet nach dem Prinzip der Gendergerechtigkeit, kundenorientiert und bürgerfreundlich. Der Einsatz moderner Computertechnik erspart lange Wege und Wartezeiten, die meisten Verwaltungsvorgänge sind über das Internet zu erledigen. In den großen und starken Verwaltungseinheiten wird ehrenamtliches politisches Engagement groß geschrieben. Sachsen-Anhalt hat sich auf Landesebene und in den Kommunen von überflüssiger Bürokratie vollständig verabschiedet. Neue Gesetze und Verordnungen gelten nur noch befristet. Ihre Gesamtzahl ist deutlich gesunken. Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen verhandeln ernsthaft über ihre Fusion zu einem starken Land Mitteldeutschland.

Welche Maßnahmen wollen wir bis 2011 verwirklichen?

Haushaltskonsolidierung

Finanzpolitische Hausaufgaben erledigen

- Konzentration der Ausgaben auf die wichtigsten Schwerpunkte: Familien- und Kinderförderungs politik, Bildung und Hochschulen, Wirtschaftsförderung
- Kontinuierliche Senkung der Neuverschuldung auf Null bis 2010
- 2011 erstmals Haushaltsausgleich und Beginn der Tilgung der aufgelaufenen Verschuldung in Höhe von 200 Mio. Euro jährlich
- Sozialverträglicher Abbau von jährlich 2.000 Stellen im Öffentlichen Dienst
- Erhalt eines Korridors für Neueinstellungen vor allem bei Lehrern und Polizisten
- Verzicht auf weitere Verbeamtungen in allen Bereichen der Landesverwaltung, in denen keine explizit hoheitlichen Aufgaben zu erfüllen sind
- Einzahlungen in einen Versorgungsfonds zur Mitfinanzierung der Pensionslasten
- Äußerste Sparsamkeit der Verwaltung bei ihren eigenen Kosten; u.a. durch zurückhaltende Vergabe von Aufträgen an externe Berater und Dienstleister
- Weitere Konzentration der Fördermittelvergabe, um Effizienzgewinne zu erzielen
- Vermehrter Einsatz von PPP-Projekten, um wichtige Infrastrukturinvestitionen trotz angespannter Haushaltslage zu ermöglichen (z.B. Schulsanierung)

Konsolidierung gemeinsam mit den Kommunen

- Langfristig angelegte Konsolidierungspartnerschaft zwischen Land und Kommunen, die durch ein neues Finanzausgleichsgesetz begleitet wird; der Finanzausgleich berücksichtigt demografische, wirtschaftliche und raumordnerische Belange stärker als bisher
- Die Geschäftsordnungen von Landtag und Landesregierung werden an die

Regelung des § 151a GO-LSA angepasst, um sicherzustellen, dass die Konsolidierungspartnerschaft dauerhaften Bestand hat und die kommunalen Spitzenverbände auch tatsächlich in der Lage sind, die Interessen der Kommunen gegenüber Landtag und Landesregierung wahrzunehmen

Einnahmen stabilisieren, Haushalt entlasten

- Einsatz für eine Steuerreform auf Bundesebene, die einerseits die Einnahmen der öffentlichen Haushalte verbessert und gleichzeitig für mehr Transparenz und Gerechtigkeit sorgt
- Politische Initiative in Richtung Bundesregierung mit dem Ziel, dass auch der Bund einen angemessenen, über den Solidarpakt II hinausgehenden Beitrag zur Stabilisierung der Landesfinanzen leistet; denkbar sind etwa eine Teilentschuldung über den Erblastentilgungsfonds, die Öffnung des Solidarpaktes II für die Schuldentilgung oder die Übernahme eines größeren Anteils an den Zusatz- und Sonderrenten, die sich aus Ansprüchen aus der DDR-Zeit ableiten

Kommunal- und Funktionalreform

Zukunftsfähige Kommunal- und Funktionalreform, Initiative Mitteldeutschland

- Die Entscheidung des Landesgesetzgebers für eine Kreisgebietsreform noch in dieser Legislaturperiode ist gefallen. Es kommt nun zwischen 2006 und 2011 darauf an, möglichst hohe Effizienzgewinne zu erzielen. Die SPD wird daher nach der Landtagswahl die Reform nicht grundsätzlich in Frage stellen, aber eine sachgerechte Lösung im Raum Anhalt schaffen
- Umfassende Gemeindegebietsreform bis zur nächsten Kommunalwahl 2009: Umwandlung der noch existierenden rund 90 Verwaltungsgemeinschaften in Einheitsgemeinden mit mindestens 10.000, besser noch 15.000 Einwohnern
- Zügige Lösung der Stadt-Umland-Problematik, u.a. durch Eingemeindungen in Ober- und Mittelzentren
- Ziele der SPD bleiben eine zweistufige Verwaltung und eine durchgreifende Funktionalreform. Dies bedeutet, dass möglichst viele öffentliche Aufgaben von den Kommunen, also vor Ort, erledigt werden; somit Übertragung bisher staatlicher Aufgaben auf die Kreisebene und bisher kreislicher Aufgaben auf die Gemeinden
- Neubelebung der „Initiative Mitteldeutschland“ mit dem Ziel, durch verstärkte Kooperation haushaltswirksame Effizienzgewinne und eine bessere Entwicklung der Wirtschaft zu erreichen

E-Government

Leistungsstarke und bürgernahe öffentliche Verwaltung

- Stärkere Konzentration der öffentlichen Verwaltung auf ihre Funktion als Dienstleisterin für den Bürger
- Konsequente Nutzung der Potentiale von E-Government mit dem Ziel, dass mittelfristig fast alle Verwaltungsleistungen, auf die die Bürger direkt zugreifen wollen, in den Einheitsgemeinden abgerufen werden können
- Schaffung von vernetzten digitalen Strukturen zwischen den Kommunen und Landkreisen mit den Landesbehörden. Oberstes Ziel soll dabei sein, vorgesehene Datenaustausche zu vereinheitlichen um somit mehr Effizienz von unten nach oben und von oben nach unten zu garantieren

AUFRUF: GEMEINSAM UNSER LAND GESTALTEN

Mit unserem Programm stellen wir unsere politischen Vorstellungen und Ziele zur Diskussion. Dabei ist uns bewusst, dass die Politik allein es nicht richten kann. Eine gute Zukunft für Sachsen-Anhalt gibt es nur gemeinsam. Alle müssen mithelfen, unser Land zu gestalten.

Wir haben Vertrauen in die Menschen Sachsen-Anhalts – und wir bitten um das Vertrauen der Menschen in uns. Wir hoffen auf Ihre Unterstützung bei der Landtagswahl am 26. März 2006.